

Beteiligentransparenzdokumentation

Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

Einbringer: **Fraktion der CDU**

(Drucksache 7/2037)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 14. Juli 2022

1. Drucksache

Gesetzentwurf

der Fraktion der CDU

Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Nach wie vor leiden die Thüringer Schulen unter massivem Lehrermangel. Gerade die Einstellungsbedarfe in ländlichen Regionen und Mangelfächern können mangels Bewerbern vielerorts nicht mehr gedeckt werden. Wir haben steigende Schülerzahlen und in den nächsten Jahren geht eine ganze Lehrergeneration in den Ruhestand. Den Wettbewerb um die beste Bezahlung der Lehrkräfte, der unter den Bundesländern entbrannt ist, kann Thüringen nicht gewinnen. Gleichwohl müssen wir dafür sorgen, dass Thüringen Lehrern zumindest mit den Nachbarländern vergleichbare Bedingungen bieten kann.

Mit der Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes im Jahr 2018 fielen für alle Lehrämter die sogenannten funktionslosen Beförderungen weg. An Grund- und Regelschulen haben seitdem lediglich Schulleiter und deren Stellvertreter die Möglichkeit einer Beförderung; am Gymnasium zusätzlich noch der Oberstufenleiter und an Berufsbildenden Schulen mit mehr als 240 Schülern zusätzlich der Abteilungsleiter. Lehrer, die keine der wenigen Funktionsstellen innehaben, haben keinerlei Möglichkeiten mehr, befördert zu werden. Jungen Lehrerinnen und Lehrern wird damit jeglicher Anreiz genommen, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Dieses Engagement ist jedoch essenziell für das Funktionieren des Schulalltags.

Durch die Novelle des Thüringer Besoldungsgesetzes im Jahr 2011 wurden die Ämter Seminarschulrat und Seminarrektor für Fachleiter in der Ausbildung von Lehramtsanwärtern in Thüringen ersatzlos gestrichen. Seitdem erhalten Fachleiter in Thüringen nur noch eine nicht ruhegehaltstfähige und nicht dynamisierte Stellenzulage. Diese Entscheidung ist angesichts der derzeitigen Ausbildungssituation bei den Lehramtsanwärtern zu überdenken, denn sie macht die Übernahme dieser wichtigen Aufgabe nicht gerade attraktiver.

B. Lösung

Mit dem Gesetzentwurf wird ein Zulagensystem zur Personalgewinnung im Schulbereich, insbesondere in bestimmten Regionen (Bedarfsregionen) und zur Abdeckung von Mangelfächern etabliert. Gleichzeitig werden spezielle Anwärtersonderzuschläge für Lehramtsanwärter eingeführt. Diese sollen gewährt werden, wenn ein Lehramtsanwärter nach

dem Bestehen der Laufbahnprüfung mindestens fünf Jahre an einer öffentlichen oder freien Schule in einer Bedarfsregion tätig ist. Ziel ist es, junge Lehrerinnen und Lehrer für den ländlichen Raum zu gewinnen und dort zu halten. Außerdem erhalten Lehrerinnen und Lehrer, die besondere Aufgaben an den Schulen wahrnehmen, künftig eine Zulage in Höhe von 300,00 Euro.

Mit der Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes sollen wieder Funktionsstellen für Fachleiter eingeführt werden. Fachleiter sind unverzichtbar, um die fachgerechte Ausbildung von Lehramtsanwärtern an den Thüringer Studienseminaren sicherzustellen. Für die Übernahme dieser verantwortungsvollen Aufgabe braucht es auch finanzielle Anreize, sonst ist die Ausbildung der nächsten Lehrergeneration nicht zu leisten.

C. Alternativen

Beibehaltung der jetzigen Regelung mit der Folge, dass Personalbedarfe in einigen Regionen nicht gedeckt werden können, der Anteil fachfremd erteilten Unterrichts steigt beziehungsweise mehr Unterricht ausfällt. Außerdem würde der Mangel an dringend benötigten Fachleitern und Referendaren größer.

D. Kosten

Sofern 50 Prozent der neu eingestellten Lehrerinnen und Lehrer einen Sonderzuschlag zur Personalgewinnung erhalten, ist von jährlichen Kosten in Höhe von 2.500.000 Euro auszugehen. Sollten ebenfalls 50 Prozent der 1.500 Lehramtsanwärter vom Anwärtersonderzuschlag im Schulbereich profitieren, entstehen dem Land dafür jährliche Kosten in Höhe von 9.000.000 Euro. Für die Zulage für Lehrerinnen und Lehrer, die besondere Aufgaben an den Schulen wahrnehmen, ist von jährlichen Kosten in Höhe von 12.000.000 Euro auszugehen.

Die Schaffung von Funktionsstellen für die aktuell 237 Fachleiterinnen und Fachleiter in Thüringen führt abzüglich des Wegfalls der entsprechenden Zulage zu jährlichen Mehrkosten von circa 500.000 Euro.

Die jährlichen Gesamtkosten für das Land betragen somit circa 24.000.000 Euro.

Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Besoldungsgesetz in der Fassung vom 18. Januar 2016 (GVBl. S. 1, 166, 202), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Juli 2019 (GVBl. S. 286), wird wie folgt geändert:

1. Nach § 46 wird folgender § 46 a eingefügt:

"§ 46 a
Sonderzuschlag zur Personalgewinnung im
Schulbereich

(1) Zur Personalgewinnung im Schulbereich kann ein nicht ruhegehaltsfähiger Zuschlag gewährt werden. Das für das Schulwesen zuständige Ministerium wird ermächtigt, die Gewährung des Zuschlags durch Rechtsverordnung auf bestimmte Regionen (Bedarfsregionen) und Fächer zu begrenzen.

(2) Der Zuschlag beträgt monatlich zehn Prozent des Grundgehalts der Anfangsstufe der Besoldungsgruppe des Beamten und wird für fünf Jahre gewährt.

(3) Bei der Entscheidung über die Gewährung sind die Bedarfs- und Bewerberlage sowie die fachliche Qualifikation des Bewerbers zu berücksichtigen.

(4) Die Entscheidung über die Gewährung des Zuschlags trifft das für das Schulwesen zuständige Ministerium im Benehmen mit dem zuständigen staatlichen Schulamt."

2. Nach § 52 wird folgender § 52 a eingefügt:

"§ 52 a
Anwärtersonderzuschläge im Schulbereich

(1) Im Schulbereich kann das für das Schulwesen zuständige Ministerium Anwärtersonderzuschläge gewähren. Die Höhe des Anwärtersonderzuschlags regelt § 52 Abs. 1 Satz 2.

(2) Anspruch auf Anwärtersonderzuschläge besteht nur, wenn der Anwärter die Voraussetzungen des § 52 Abs. 2 erfüllt und nach dem Bestehen der Laufbahnprüfung mindestens fünf Jahre an einer öffentlichen oder freien Schule in einer Bedarfsregion tätig ist. Die entsprechenden Regionen legt das für das Schulwesen zuständige Ministerium durch Rechtsverordnung fest.

(3) § 52 Abs. 3 gilt hinsichtlich der in Absatz 2 genannten Voraussetzungen entsprechend."

3. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

a) Abschnitt II wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 9 wird aufgehoben.

bb) Die bisherigen Nummern 10 und 11 werden die Nummern 9 und 10.

cc) Folgende neue Nummer 11 wird angefügt:

"11. Zulagen für die Übernahme besonderer Aufgaben an der Schule

Für die Übernahme einer der folgenden Aufgaben an der Schule erhalten Beamte eine Stelvenzulage nach Anlage 8:

- a) Ausbildungsverantwortlicher,
- b) Koordinator für den außerunterrichtlichen Bereich,
- c) Beratungslehrer,
- d) Mittelstufenkoordinator,
- e) Koordinator für die Schuleingangsphase und den Übertritt in die Sekundarstufe I (an Grundschulen mit mehr als 180 Schülern),
- f) Koordinator für den Gemeinsamen Unterricht,
- g) Abteilungsleiter (an berufsbildenden Schulen mit bis zu 240 Schülern).

Die Zulage wird nur gewährt, wenn nicht eine Zulage nach einer anderen Ziffer der Besoldungsordnung A gewährt wird. Erfüllt ein Beamter mehrere der in Satz 1 genannten Aufgaben, wird die Zulage nur einmal gewährt."

b) Die Besoldungsordnung A wird wie folgt geändert:

aa) Die Besoldungsgruppe A 12 wird wie folgt geändert:

aaa) Bei dem Amt "Grundschullehrer" wird der Fußnotenverweis "4)" gestrichen.

bbb) Die Fußnote 4 wird aufgehoben.

bb) Die Besoldungsgruppe A 13 wird wie folgt geändert:

aaa) Der erste Funktionszusatz nach dem Amt "Hauptlehrer" erhält folgende Fassung:

"- als Leiter einer Grundschule mit bis zu 180 Schülern -"

bbb) Dem Amt „Seminarschulrat" wird folgender zweiter Funktionszusatz angefügt:

"- als Fachleiter in der Ausbildung von Lehramtsanwärtern für das Lehramt an Grundschulen -"

cc) In der Besoldungsgruppe A 14 wird nach dem Amt "Seminarrektor" folgender dritter Funktionszusatz angefügt:

"- als Fachleiter in der Ausbildung von Lehramtsanwärtern für das Lehramt an Regelschulen, an Förderschulen, an Gymnasien oder an berufsbildenden Schulen -"

4. Anlage 8 Tabelle 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Spalte 3 wird die Angabe "Nummer 9" durch die Angabe "Nummern 9, 10 und 11" ersetzt und die Angabe "Nummern 10 und 11" gestrichen.
- b) In Spalte 4 wird die Zahl "351,51" durch die Zahl "300,00" ersetzt und die Zahl "100,00" gestrichen.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

Begründung:

Zu Artikel 1

Zu Nummer 1

Durch die Änderung in Nummer 1 wird ein Sonderzuschlag für die Personalgewinnung im Schulbereich für bestimmte Regionen (Bedarfsregionen) und Fächer eingeführt. Angesichts des Personalmangels im Schulbereich lassen sich insbesondere offene Stellen an Schulen im ländlichen Raum oder in den Grenzregionen zu anderen Bundesländern oft nur schwer besetzen. Gleiches gilt auch für bestimmte Fächerkombinationen, zum Beispiel im naturwissenschaftlichen Bereich.

Zu Nummer 2

Mit der Einfügung eines neuen § 52 a werden Anwärtersonderzuschläge speziell für Lehramtsanwärter eingeführt. Diese sollen gewährt werden, wenn ein Lehramtsanwärter nach dem Bestehen der Laufbahnprüfung mindestens fünf Jahre an einer öffentlichen oder freien Schule in einer Bedarfsregion tätig ist. Ziel ist es, junge Lehrerinnen und Lehrer für den ländlichen Raum zu gewinnen und dort zu halten.

Zu Nummer 3

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe a

Die Stellenzulage für Fachleiter in Höhe von 351,51 Euro wird gestrichen, da mit dem vorliegenden Gesetzentwurf für Fachleiter wieder ein Beförderungssamt eingeführt wird und die Stellenzulage damit obsolet ist.

Zu Doppelbuchstabe b

Hierbei handelt es sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Doppelbuchstabe c

Mit dieser Änderung werden Zulagen für die Übernahme besonderer Aufgaben an der Schule eingeführt. Mit der Änderung des Besoldungsgesetzes im Jahr 2018 ist die Möglichkeit von funktionslosen Beförderungen weggefallen. Da es in Thüringen im Vergleich zu anderen Bundesländern nur wenige Funktionsstellen an den Schulen gibt, sollen mit der Möglichkeit von Zulagen für die Übernahme besonderer Aufgaben an der Schule Engagement belohnt und Leistungsanreize geschaffen werden.

Zu Buchstabe b

Zu Doppelbuchstabe a

Die Einführung einer Zulage für die Übernahme besonderer Aufgaben an der Schule in Höhe von 300,00 Euro hätte an kleinen Grundschulen zu einer Schlechterstellung des Schulleiters beziehungsweise der Schulleiterin geführt, da die Zulage für die Leitung einer Grundschule mit bis zu 80 Schülern lediglich 217,11 Euro betrug. Insofern sollen auch die Leiter von Grundschulen mit bis zu 80 Schülern künftig eine A 13 erhalten.

Zu Doppelbuchstabe b

Zu Dreifachbuchstabe a

Hierbei handelt es sich um eine Folgeänderung. Künftig sollen auch die Leiter von Grundschulen mit bis zu 180 Schülern eine A 13 erhalten.

Zu Dreifachbuchstaben b

Mit dieser Änderung wird für Fachleiter in der Ausbildung von Lehramtsanwärtern für das Lehramt an Grundschulen wieder ein Beförderungsbereich mit der Besoldungsgruppe A 13 geschaffen. Fachleiter sind unverzichtbar, um die fachgerechte Ausbildung von Lehramtsanwärtern an den Thüringer Studienseminaren sicherzustellen. Für die Übernahme dieser verantwortungsvollen Aufgabe braucht es auch finanzielle Anreize, sonst ist die Ausbildung der nächsten Lehrergeneration nicht zu leisten.

Zu Doppelbuchstabe c

Mit dieser Änderung wird für Fachleiter in der Ausbildung von Lehramtsanwärtern für das Lehramt an Regelschulen, an Förderschulen, an Gymnasien oder an berufsbildenden Schulen wieder ein Beförderungsbereich mit der Besoldungsgruppe A 14 geschaffen.

Zu Nummer 4

Durch die vorangegangenen Änderungen ist auch die Anlage 8 Tabelle 1 entsprechend anzupassen. Die Stellenzulage für Fachleiter ist auch hier zu streichen und die neu eingeführte Zulage für die Übernahme besonderer Aufgaben an der Schule einzufügen. Gleichzeitig werden die Zulagen für die Übernahme der Tätigkeit als Fachberater oder als Koordinator am Schulamt ebenfalls auf 300,00 Euro angehoben.

Zu Artikel 2

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten dieses Gesetzes.

Für die Fraktion:

Bühl

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Rechnungshof

Thüringer PhilologenVerband

Universität Erfurt, Erfurt School of Education

Deutscher Sportlehrerverband e.V., Landesverband Thüringen

Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schulträger in Thüringen

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen

Interessenvereinigung der Gymnasien in Thüringen e.V.

tlv - thüringer lehrerverband

Thüringischer Landkreistag e.V.

DGB Hessen-Thüringen

Verband Sonderpädagogik, Landesverband Thüringen e.V.

Grundschulverband e.V., Landesgruppe Thüringen

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufsbildenden Schulen in Thüringen

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V.

Bundesarbeitskreis der Seminar- und Fachleiter (BAK) e.V. Thüringen

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben - soweit für sie zutreffend - zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/2037 –											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Rechnungshof</td> <td>Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Burgstraße 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07407 Rudolstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
Name	Organisationsform										
Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1										
Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2">U Geschäfts- oder Dienstadresse U Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			U Geschäfts- oder Dienstadresse U Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
U Geschäfts- oder Dienstadresse U Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Finanzkontrolle	
	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Gegen den Gesetzentwurf bestehen erhebliche Bedenken. Durch Pensionierung und Renteneintritt wird ein großer Bedarf an der Einstellung von Lehrern entstehen und der entstehende Bedarf in bestimmten Fächern bzw. Regionen wohl nicht gedeckt werden können. Jedoch sind die vorgeschlagenen Änderungen des Thüringer Besoldungsgesetzes rechtlich nicht erforderlich und dadurch nicht geeignet, die gesetzten Ziele zu erreichen. Gegebenenfalls bietet sich eine Änderung des § 52 ThürBesG an.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail u per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	X ja	nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.**

Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum

Rudolstadt, 27. November 2020



THÜR. LANDTAG POST
27.11.2020 13:58

29/172/2020

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Der Präsident

Dr. Sebastian Dette

Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Keller
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/2037 –

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Zulagensystem für Bedarfsregionen, Mangelfächer und besondere Aufgaben einführen – Personalgewinnung im Schulbereich erleichtern, Leistungsanreize schaffen

– Drucksache 7/2038 –

Schriftliches Anhörungsverfahren durch den Haushalts- und Finanzausschuss des Thüringer Landtags

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
1011-4.3-0787/164-8-
13547/2020

Rudolstadt
27. November 2020

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses erhalten Sie zum oben genannten Beratungsgegenstand die Stellungnahme des Thüringer Rechnungshofs.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Sebastian Dette
(Ohne Unterschrift, da elektronisch erstellt)

Anlagen



Der Präsident

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Mitglieder des
Haushalts- und Finanzausschusses
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Dr. Sebastian Dette

Durchwahl
Telefon 03672 446-100
Telefax 03672 446-999

sebastian.dette@
trh.thueringen.de

Ihr Zeichen
Drs. 7/2037-A 6.1/ap

Ihre Nachricht vom
18. November 2020

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
1011-4.3-0787/164-8-
13547/2020

Rudolstadt
27. November 2020

Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/2037 –

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Zulagensystem für Bedarfsregionen, Mangelfächer und besondere Auf-
gaben einführen - Personalgewinnung im Schulbereich erleichtern,
Leistungsanreize schaffen

– Drucksache 7/2038 –

Schriftliches Anhörungsverfahren durch den Haushalts- und Finanzaus-
schuss des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der Rechnungshof nimmt zu dem Entwurf des Gesetzes zur Änderung des
Thüringer Besoldungsgesetzes und zum Entschließungsantrag (Drucksache
7/2038) unter Berücksichtigung der vom Ausschuss gestellten Fragen wie
folgt Stellung:

I Zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Thüringer Besol-
dungsgesetzes (Drucksache 7/2037)

Gegen den Gesetzentwurf bestehen erhebliche Bedenken. Durch Pensio-
nierung und Renteneintritt wird ein großer Bedarf an der Einstellung von Leh-
rern entstehen und der entstehende Bedarf in bestimmten Fächern bzw. Re-
gionen wohl nicht gedeckt werden können. Die vorgeschlagenen Änderun-
gen des Thüringer Besoldungsgesetzes sind aber rechtlich nicht erforderlich
und deshalb nicht geeignet, die gesetzten Ziele zu erreichen.

Gegebenenfalls bietet sich eine Änderung von § 52 ThürBesG an.

1. Zu Artikel 1 Nummer 1 (Einfügung eines § 46 a ThürBesG)

Bereits heute dürfen nach § 46 ThürBesG zur Sicherung der Funktions- und
Wettbewerbsfähigkeit nicht ruhegehaltfähige Sonderzuschläge gewährt wer-
den, wenn ein bestimmter Dienstposten andernfalls insbesondere im Hin-
blick auf die fachliche Qualifikation sowie die Bedarfs- und Bewerberlage

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de

nicht anforderungsgerecht besetzt werden kann und die Deckung des Personalbedarfs dies im konkreten Fall erfordert. Die Entscheidung über die Gewährung von Sonderzuschlägen trifft die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem für das Besoldungsrecht zuständigen Ministerium, § 46 Abs. 3 ThürBesG. Einer speziellen, schulrechtlichen Norm bedarf es nicht.

Unter den gesetzlichen Voraussetzungen des § 46 ThürBesG hält es der Rechnungshof für sachlich geboten, die gesetzlichen Spielräume zu nutzen. Allerdings rechtfertigt ein großräumiger fach- bzw. fächerbezogener Mangel den Zuschlag allein nicht. Beispielsweise ist grundsätzlich davon auszugehen, dass eine bereits bestehende örtliche Bindung und reguläre Einstellungsbedingungen ausreichen, um einen Kandidaten zu gewinnen. Eine abweichende Praxis würde ansonsten zu einer nicht gerechtfertigten Besserstellung von Lehrern einer Fachrichtung in der Fläche führen. Es bedarf immer der Prüfung im Einzelfall. Sonder- und Anwärterzuschläge ohne tatsächlichen Bedarf und ohne Einzelfallprüfung wären mit dem Gleichheitsgrundsatz kaum in Einklang zu bringen, weil ein sachlicher Grund für die Differenzierung in der Besoldung nicht besteht.

Es liegen keine Prüfungserkenntnisse vor, aus welchen Gründen die bereits bestehenden Möglichkeiten nicht genutzt wurden. Der Landesregierung ist unbenommen, mit einer Richtlinie die Ausübung des Ermessens rechtskonform auszugestalten und zu vereinfachen. Die Prüfung im Einzelfall wäre nach unserem Verständnis auch nach § 46a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 ThürBesG-E erforderlich.

Im Hinblick auf Ausnahmetatbestand und Notwendigkeit der Einzelfallprüfung einerseits und der sich differenziert darstellenden Personalgewinnungsprobleme andererseits ist die Verordnungsermächtigung nach § 46a Abs. 1 Satz 2 ThürBesG-E zu kritisieren. Hiernach kann der Anwendungsbereich für Sonderzuschläge räumlich und fachbezogen begrenzt werden. Dies könnte signalisieren, dass in den so bestimmten Regionen die Voraussetzungen für den Sonderzuschlag nicht mehr geprüft werden müssten.

Die Sonderzuschläge sind darüber hinaus – unabhängig von der Rechtsgrundlage – kaum geeignet, die Problemlage zu lösen.

Angesichts der geringeren Anzahl von Absolventen der Lehramtsstudiengänge – im Vergleich zu den künftig altersbedingt ausscheidenden Kollegen – wird es besonders in bisherigen Mangelfächern (wie MINT, Musik, Sport, Fremdsprachen) schwierig werden, den Bedarf an allen derzeit vorhandenen Schulen in Thüringen zu decken¹.

Die vorgesehenen Zuschläge mögen in Einzelfällen geeignet sein, im Wettbewerb der Länder einen Anreiz zu bieten. Die Attraktivität des Lehrerberufs und der Beschäftigung an Thüringer Schulen hängt aber von vielen Faktoren

¹ Nach Einschätzung der Kommission „Zukunft Schule“ werden die Ausbildungskapazitäten bzw. die Anzahl von Absolventen der Lehramtsstudiengänge voraussichtlich nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken (Bericht „Zukunft Schule. Herausforderungen und Chancen für Thüringens Schulsystem“, Juni 2017).

ab, insbesondere von Arbeitsbedingungen (Kollegium, schulische Ausstattung, Klassengrößen), aber auch vom Standort der Schule mit Blick auf die familiären Bedürfnisse (Arbeitsplatz des Partners, Kinderbetreuung etc.).

Daneben sind die bisher vom Land ergriffenen personalrechtlichen Möglichkeiten bei verbeamteten Lehrkräften (Versetzung und Abordnung) zur flexibleren Deckung des Personalbedarfs verstärkt zu nutzen. Bei Personalengpässen in Behörden anderer Ressorts ist dies eine reguläre Praxis.

Nicht zuletzt könnten durch Abschaffung bzw. Reduzierung der Altersabminderungsstunden in den nächsten fünf Jahren jährlich Unterrichtsstunden von Lehrkräften im Umfang von bis zu 490 VZB dem Unterricht zur Verfügung gestellt werden (vgl. Jahresbericht des Rechnungshofs 2020, Bemerkungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführungen Teil C Rz. VIII. S. 107 ff.)

2. Zu Artikel 1 Nummer 2

Ebenso ist die in Art. 1 Nr. 2 vorgesehene Regelung zur Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen im Schulbereich (§ 52a ThürBesG-E) nicht erforderlich. Besteht ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern, kann das für das Besoldungsrecht zuständige Ministerium (derzeit das Thüringer Finanzministerium) oder eine von ihm bestimmte Stelle bereits heute nach § 52 ThürBesG Anwärtersonderzuschläge gewähren. Sie sollen 70 v. H. des Anwärtergrundbetrags nicht übersteigen; sie dürfen höchstens 100 v. H. des Anwärtergrundbetrags betragen. Von der Befugnis, die Gewährung der Sonderzuschläge auf eine andere Stelle zu übertragen, hat das Finanzministerium nach Wissen des Rechnungshofs noch keinen Gebrauch gemacht. Der Rechnungshof empfiehlt, die bestehende gesetzliche Regelung zu nutzen. Sie scheint geeignet, angehende Lehrer einer Region näher zu bringen.

Unklar ist allerdings, ob die Übertragung an mehrere Stellen in der Landesregierung möglich ist und welche Voraussetzungen für die Gewährung vorliegen müssen, um eine einheitliche Handhabung in der Landesverwaltung sicherzustellen.

Sofern eine Übertragung an Stellen außerhalb des Geschäftsbereichs des Finanzministeriums erwogen wird, empfiehlt der Rechnungshof, die Norm wie folgt zu fassen:

„Besteht ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern, kann das für das Besoldungsrecht zuständige Ministerium oder die von ihm für einzelne Geschäftsbereiche bestimmten Stellen Anwärtersonderzuschläge gewähren. Das Finanzministerium kann für die Gewährung allgemeine und geschäftsbereichsbezogene Richtlinien erlassen. Die Anwärtersonderzuschläge sollen 70 v. H. des Anwärtergrundbetrags nicht übersteigen; sie dürfen höchstens 100 v. H. des Anwärtergrundbetrags betragen.“

3. Zu Artikel 1 Nummer 3 a)

Die in Artikel 1 Nummer 3 Buchst. a) cc) vorgesehenen Zulagen sind sachlich nicht hinreichend begründet. Die im Katalog zu Nummer 11 aufgenommenen Aufgaben sind zusätzliche Tätigkeiten mit einem überschaubaren Zeitaufwand, dem regelmäßig durch Abminderung der Unterrichtsverpflichtung

Rechnung getragen wird. Weder sind die Aufgaben für die Tätigkeit als Lehrer prägend, noch ist die übertragene Aufgabe von so hoher Schwierigkeit und Tiefe, dass sie eine über die amtsangemessene Besoldung hinausgehende Zulage rechtfertigt.

Die Übernahme einzelner zusätzlicher Aufgaben gehört zur Verpflichtung jeden Amtsträgers und sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Sie rechtfertigt sachlich nicht die Gewährung einer Zulage, insbesondere wenn der zeitliche Mehraufwand bei der Unterrichtsverpflichtung berücksichtigt wird.

4. Zu Art. 1 Nummer 3 Buchst. b)

Der Rechnungshof sieht es als problematisch an, für Fachleiter eigene Dienstposten zu definieren, weil die Tätigkeit als Fachleiter – ebenso wie andere zusätzliche Aufgaben – neben der Unterrichtsverpflichtung der Lehrer wahrgenommen wird. Die damit einhergehende erhöhte Belastung wird durch die Stellenzulage und der Verringerung der Unterrichtsverpflichtung abgedeckt. Die Zahlung ist abhängig von der übertragenen (Zusatz-)Aufgabe, diese wiederum vom Vorhandensein zu betreuender Lehramtsanwärter.

Die vorgeschlagene Beförderungsmöglichkeit beachtet diese Abhängigkeiten nicht. Die Beförderung hätte auch dann Bestand, wenn die Aufgabe entfallen ist.

Zur Frage, ob die Besoldung eines Leiters einer kleineren Grundschule nach A 13 gerechtfertigt ist, liegen keine hinreichenden Prüfungserkenntnisse vor. Soweit eine sachgerechte Bewertung ergeben sollte, dass zwischen Schulleitern verschiedener Schulgrößen nur geringe bis gar keine Unterschiede bestehen, ist Gleichbehandlung angezeigt.

II Zum Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

Zulagensystem für Bedarfsregionen, Mangelfächer und besondere Aufgaben einführen Personalgewinnung im Schulbereich erleichtern, Leistungsanreize schaffen

– Drucksache 7/2038 –

Zum Entschließungsantrag, insbesondere zu II. Nr. 2, gilt das zum Gesetzentwurf Gesagte entsprechend.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Sebastian Dette
(Ohne Unterschrift, da elektronisch erstellt)

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs.7/2037											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer PhilologenVerband</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Moritzwallstraße 11</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99089 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer PhilologenVerband		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Moritzwallstraße 11	Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer PhilologenVerband										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Moritzwallstraße 11									
Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Erfurt School of Education, Universität Erfurt	Hochschule, § 2 Abs. 1 ThürHG
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Nordhäuser Straße 63
	Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	siehe ThürHG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Siehe beigefügtes Schreiben	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 01.12.2020	

THÜR. LANDTAG POST
01.12.2020 15:33

29462/2020

**UNIVERSITÄT
ERFURT**

Erfurt School of Education

Erfurt School of Education

Universität Erfurt | Postfach 900221 | 99105 Erfurt

Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Datum
01.12.20

Kontakt

**Stellungnahme zu Drucksachen 7/2037 sowie 7/2038 im
schriftlichen Anhörungsverfahren**

Mitarbeitergebäude 1
Raum 214

www.uni-erfurt.de/ese

Sehr geehrte Herr Bieler,

im Auftrag des Direktors der Erfurt School of Education (ESE),
übersende ich Ihnen mit diesem Schreiben die
Stellungnahme der Erfurt School of Education zu den o.g.
Drucksachen.

Im Allgemeinen unterstützen wir die Stoßrichtung der
Anträge, das Besoldungsgesetz zu verbessern und ein
Zulagensystem für die Personalgewinnung zu
implementieren. Im Einzelnen und in Bezugnahme auf die
angefügten Fragen weisen wir auf folgende Probleme hin.

Wir weisen darauf hin, dass es bei dieser Einzelmaßnahme
nicht bleiben kann. Daneben sollten andere Maßnahmen
ergriffen werden, um den Beruf Lehrer*in (insbesondere im
Bereich des Regel- und Berufsschullehramtes) attraktiver zu
machen. Hierzu gehören z.B. die zeitgemäße Ausstattung von
Lehrkräften mit dienstlich zu nutzender Hard- und Software,
großzügigere Regelungen für die Teilnahme an
Fortbildungen und Fortbildungsreisen, ein zentral
abgerechnetes System zur Anfertigungen von notwendigen
Dienstkopien, stärkere Unterstützung in der Administration

von Schulen etc.. Aber auch weitere Ansätze, wie etwa Dual-Career-Unterstützung, die es jungen Paaren und Familien ermöglicht, an Schulen in einem Ort zu arbeiten, wären aussichtsreich.

Darüber hinaus soll hier deutlich gemacht werden, dass eine bessere Besoldung von Lehrpersonen in Mangelfächern oder Bedarfsregionen nicht grundsätzlich geeignet erscheint, dem sich verschärfenden Mangel an Lehrkräften zu begegnen. Zulagen führen eher zu einer gefühlten Ungleichbehandlung unter der Lehrer*innenschaft, etwa wenn Seiteneinsteiger*innen, die nicht die gleiche Ausbildung durchlaufen haben, wie die grundständig ausgebildeten Lehrer*innen sich (allein) durch die Abdeckung eines Mangelfachs für diese Zulagen qualifizieren. Im Gegenteil erscheint eine Anhebung der Besoldung aller Grundschullehrkräfte von A12 auf A13 eine zielführendere Gleichstellungsmaßnahme zu sein.

Im Kern des Problems „Lehrer*innenmangel“ sind insbesondere die Einrichtungen der Lehrerausbildung der ersten und zweiten Phase weiter zu stärken. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf Anreize zur Wahl von Mangelfächern zu richten. Hier sollte es ein mit den Hochschulen abgestimmtes Vorgehen geben.

Für die Beantwortung von Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung!

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrag


Wissenschaftliche Geschäftsführung

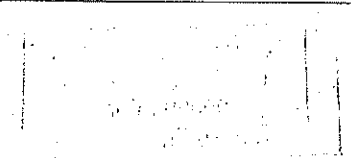
**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2037 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt; Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	
	Organisationsform	
	 Landesverband Thüringen e.V.	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	
	Clara-Zetkin-Str. 3 99090 Erfurt	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)	
	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Dachverband der Thüringer Architekten	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Rolle der Fachkammer - Zulassung prüfen - Stellungnahme der Universitäten einholen - Katalog der besonderen Aufgaben aufstellen	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
		
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich, die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
ESJQ, 30.11.2020	



Deutscher Sportlehrerverband e.V.
Landesverband Thüringen

Geschäftsstelle:

99099 Erfurt
Clara-Zetkin-Str.3



Den Mitgliedern des
HuFA

betrifft: Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

- Drucksache – 7/2037-

Entschließungsantrag der CDU

- Drucksache – 7/2038-

THÜR. LANDTAG POST
02.12.2020 07:57

29526/2020



Erfurt, 30.11.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

gern nehme ich im Auftrag des Vorstandes des DSLV LV Thüringen e.V. die Gelegenheit zur schriftlichen Äußerung wahr.

Zur Drucksache -7/ 2037- →

Die Darstellung der Problematik und das daraus resultierende Regelungsbedürfnis entspricht der Wahrnehmung der Kollegen an der Basis.

Ein Zulagensystem, das der Personalgewinnung in Bedarfsregionen dient und die Übernahme besonderer Aufgaben honoriert halte ich für notwendig und sinnvoll.

Bei der Nutzung solcher Vergünstigungen sollte das Ministerium entscheiden, wohin der Lehramtsanwärter nach bestandener Prüfung geht und so die Bedarfssituation in den Regionen koordinieren.

Die erneute Schaffung von Funktionsstellen für Fachleiter ist der erste grundlegende Schritt zur Verbesserung der Ausbildungssituation von Lehramtsanwärtern. So sollen vor allem qualifiziert und berufserfahrene Kollegen für diese anspruchsvolle Tätigkeit gewonnen werden; auf keinen Fall Lehrer mit einjähriger Berufstätigkeit, die, aus Mangel an Bewerbern, sofort Fachleiter werden. In dem Zusammenhang ist die Streichung der Zulage für Fachleiter, nur weil die Chance auf Beförderung besteht, zu überdenken. Die Überstundenzahl der derzeitigen Fachleiter ist beträchtlich, obwohl es völlig unklar ist, wie, wann und ob überhaupt eine Abgeltung erfolgt. Die dauerhafte Tätigkeit von Fachleitern lässt sich nicht mit der zeitweisen Tätigkeit von Fachberatern und Koordinatoren gleichsetzen.

Die Kosten für die Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes sind hoch, jedoch sind Bildung, deren Qualität und die Besetzung von Stellen in Bedarfsregionen nicht zum Nulltarif möglich.

-Drucksache 7/2038- →

Hier beziehe ich mich auf die jeweiligen Fragestellungen der Fraktionen.

Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

- zu 1. - um dem Lehrermangel in den naturwissenschaftlichen Fächern entgegen zu wirken sollte das TMBJS den Universitäten ihren Bedarf signalisieren und die Ausbildung gerade dieser Fächer einfordern,
- wenn RS/ Gym./ BS die gleiche Besoldungsgruppe haben wird es leichter, die jeweiligen Schultypen mit neuen Lehrern zu besetzen,
- zu 6. - Fachleiter*inn an einem Studienseminar zu sein ist nicht nur eine dauerhafte hochgradig verantwortungsvolle Tätigkeit, sie schließt auch Unterrichtsbesuche bei den Lehramtsanwärtern in ganz Thüringen ein, die Fachleiter*innen sind darüber hinaus an ihren Schulen an drei Tagen in der Woche im Unterricht eingesetzt und haben auch da Überstunden zu leisten,
- zu 8. - Grundschullehrkräfte haben keinen Hochschulabschluss,

Fraktion der CDU


- zu 1. - Zulagengewährung zur Personalgewinnung in Mangelregionen → positiv,
- was ist mit den Kollegen, die schon dort arbeiten? Wie wird das honoriert?
- die Universitäten müssen vom Ministerium zur Ausbildung der Bedarfsfächer aufgefordert werden,
- zu 2. - finanzielle Anerkennung für besondere Aufgaben → positiv, aber Katalog der besonderen Aufgaben erweitern (z.B. Verantwortlichkeit für die Koordination/ Inventarisierung/ Ausgabe der Leihbücher einer Schule, Fachkommissionsleiter der einzelnen Fachschaften...)
- zu 3. - ja, grundsätzlich ist es die gleiche Tätigkeit

Fraktion der FDP

- zu 2. - entweder Abminderungsstunden oder Zulagen, das sollte im Entscheidungs-

- breich des jeweiligen Kollegen liegen,
- zu 3. - Mangel herrscht, wenn Stunden ausfallen, artfremd unterrichtet wird und Fächer überhaupt nicht gegeben werden können,
 - zu 4. - am Bedarf,
 - zu 6. - kommen Kollegen mit gewährten Zulagen an einen Ort, was ist mit denen, die schon vorher dort unter Mangelbedingungen den Schulbetrieb aufrecht erhalten haben? ...ist wie eine Ohrfeige!

Mit freundlichen Grüßen

 Landesverband
Thüringen e.V.
Präsidentin DSLV LV Thüringen e.V.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs.7/2037											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schulträger in Thüringen, c/o Evangelische Schulstiftung</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Postfach 80 06 53</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99032 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schulträger in Thüringen, c/o Evangelische Schulstiftung		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 80 06 53	Postleitzahl, Ort	99032 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schulträger in Thüringen, c/o Evangelische Schulstiftung										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 80 06 53									
Postleitzahl, Ort	99032 Erfurt										
<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>											
3.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

31/11/12

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2037 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt; Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Gesellschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Gr. Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Helmoltz-Museum Nr. 22</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99086 Gföhr</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Gesellschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gr. Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Helmoltz-Museum Nr. 22	Postleitzahl, Ort	99086 Gföhr
Name	Organisationsform										
	Gesellschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Gr. Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Helmoltz-Museum Nr. 22										
Postleitzahl, Ort	99086 Gföhr										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Qualifikations- und Interaktionsbereich im Bildungsbereich	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Insgesamt ist der Entwurf nicht gut durchdacht, zu viele Fragen sind ungeklärt, Folgearbeiten sind berücksichtigt und häufig Alternativen aufgeführt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hlnwels: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte(n)transparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Egers, 02.12.2020	

THUR. LANDTAG POST
02.12.2020 11:14

29602/2020

// Vorsitzende //

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Thüringen



GEW Thüringen • Heinrich-Mann-Str. 22 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
- Haushalts- und Finanzausschuss -
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, 2. Dezember 2020

Anhörung zu den Gesetzentwürfen

Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/2037 -

sowie zu dem

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

Zulagensystem für Bedarfsregionen, Mangelfächer und besondere Aufgaben einführen -

Personalgewinnung im Schulbereich erleichtern, Leistungsanreize schaffen

- Drucksache 7/2038 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Bei allem Verständnis für die Dringlichkeit wegen der Haushaltsrelevanz und der anstehenden Verabschiedung des Haushalts noch im Dezember 2021, ist die Anhörungsfrist viel zu kurz gesetzt, um einen qualifizierten Austausch unter den Mitgliedern der GEW Thüringen zu organisieren.

Die GEW Thüringen begrüßt die Suche nach Maßnahmen, den Lehrer*innenmangel zu beheben und den Lehrer*innenberuf attraktiver zu gestalten. Wie in vorangegangenen Anhörungen vor dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport vorgetragen, sind allein finanzielle Anreize nicht geeignet, Nachwuchskräfte bedarfsgerecht einzustellen, weder was den Schulstandort, die Schulart noch die Bedarfsfächer betreffen. Es braucht ein Bündel verschiedener Maßnahmen, u.a. eine bessere Anbindung des ländlichen Raums an den ÖPNV, eine den Anforderungen gemäße Ausstattung der Schulen, Entlastungen im Schulalltag, eine veränderte Lehramtsausbildung u.v.m.

Der vorliegende Gesetzentwurf zielt auf die Schaffung von Beförderungssämtern bzw. die Zahlung von Zulagen. Die GEW Thüringen vermisst zuvorderst aber die Hebung der Grundschullehrkräfte in die Besoldungsgruppe A13, wie sie die CDU-Fraktion im Gesetzentwurf „Attraktivität des Lehrerberufs erhöhen und Eigenverantwortung der Schulen stärken“ (DS 7/700) noch gefordert hat.

Insgesamt erscheinen der GEW Thüringen die Vorschläge für insgesamt wenig durchdacht, vor allem was die notwendigen inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen betrifft. Sie sind teils wenig präzisiert, hinsichtlich ihrer Wirkmacht nicht überprüft und auf ihre langfristige Wirkung auf Entwicklungsperspektiven im Thüringer Schulwesen nicht ausreichend bedacht. Zudem fehlt aus unserer Sicht die Rechtssicherheit der hier vorgeschlagenen Maßnahmen.

Zu den Regelungen im Einzelnen:

Sonderzuschlag zur Personalgewinnung im Schulbereich

§ 46 ThürBesG ermöglicht bereits jetzt, Sonderzuschläge in zur Gewinnung bzw. Verhinderung von Abwanderung zu gewähren. Uns ist keine Evaluation der Anwendung bekannt. Dies wäre Voraussetzung, um einen Sonderzuschlag im Schulbereich gesetzlich zu regeln. Insgesamt wird dieser Zuschlag von der GEW Thüringen kritisch betrachtet, dies liegt unter anderen an der mangelnden Präzisierung der Begriffe Bedarfsregion und Fächer.

Wenn überhaupt eine Neuregelung notwendig erscheint, regen wir an, bei Gewinnungsinteresse grundsätzlich in Erfahrungsstufe 3 einzustellen.

Anwärtersonderzuschlag

§ 52 ThürBesG gibt hier ebenfalls die Möglichkeit, Anwärter*innen unter bestimmten Voraussetzungen einen Sonderzuschlag zu gewähren. Eine Evaluation zur Anwendung der Regelung ist nicht bekannt.

Ein Sonderzuschlag schafft neue Ungerechtigkeiten gegenüber den Bestandslehrkräften und ist durch die bereits jetzt geltende Höhe (bis zu 100 v.H. des Anwärtergrundgehaltes) besonders gegenüber Schulleiter*innen schwer vermittelbar. Es ist und bleibt notwendig, auch über Bindungsmaßnahmen von Bestandslehrkräften zu diskutieren, damit diese bis zur Regelrente/Regelpension im Dienst bleiben oder sogar darüber hinaus. Voraussetzung hierfür sind alternsgerechte Arbeitsbedingungen, ein gut funktionierender Gesundheitsschutz und Wertschätzung der geleisteten Arbeit.

Weitere Bedenken gleichen denen zur Personalgewinnung.

Zulagen für die Übernahme besonderer Aufgaben an der Schule

Für eine Reihe von schulischen Aufgaben greift der das System der Abminderungsstunden mit all seinen bekannten Mängeln. Die dafür vorgesehene Schulpauschale kann bereits heute nicht personell

untersetzt werden, da Unterrichtsabsicherung Vorrang hat. Insofern gilt zunächst abzuwägen, auf welche Weise die Lehrkraft für die Übernahme besonderer schulischer Aufgaben entlastet werden kann. Eine Zulage gleich welcher Höhe macht die mit zusätzlichen Aufgaben mehr verbrauchte Zeit nicht wett. Ggf. ist darüber nachzudenken, den Lehrkräften die Wahl zwischen Abminderung und Zulage zu lassen, um den individuellen Belastungen stärker Beachtung schenken zu können.

Andererseits gibt es besondere Aufgaben an Schule, deren Erfüllung mittels einer Funktionsstelle deutlich attraktiver würde. Hierzu zählen alle Koordinationstätigkeiten (Schuleingangsphase, Übertritt in die Sekundarstufe 1, Gemeinsamer Unterricht, Netzwerkschulen im Förderschulbereich, u.a.).

Beförderungssamt für Fachleiter*innen in der Ausbildung von Lehramtsanwärter*innen

Die GEW Thüringen hat vor einigen Jahren einen Beschluss gefasst, das Beförderungssamt für Fachleiter*innen wieder einzuführen. Insofern findet der Entwurf an dieser Stelle unsere Zustimmung.

Allerdings sind auch Zweifel an einem Beförderungssamt gewachsen. Beförderungen bedeuten zum einen hohen personellen Aufwand durch notwendige Beurteilungen, Unsicherheiten im Verfahren, mögliche Konkurrenzklagen. Zum anderen werden in den nächsten Jahren viele Fachleiter*innenstellen neu zu besetzen sein, die dann aufgrund des Stellenkegels über eine lange Zeit keine Neubesetzung und personelle Veränderung mehr zulassen. Zukünftigen Generationen von Lehrkräften wird damit eine ernsthafte Entwicklungsperspektive verbaut. Hier erwarten wir eine sorgsame Entscheidung. Beförderungssämter, die später im Haushalt nicht mit ausreichend Stellen versehen sind, lösen nicht nur das Problem nicht, sondern schaffen neue.

Daher regen wir an, die Einführung einer ruhegehaltstfähigen Zulage in voller Höhe der Differenz zum nächsthöheren Amt zu überprüfen, die ab dem ersten Tag der Funktionsübernahme gezahlt wird und nicht an die Zahl der zu betreuenden Lehramtsanwärter*innen gebunden ist. Eine solche Zulage wäre deutlich flexibler und böte auch späteren Lehrkräften die Möglichkeit, sich als Fachleiter*in in der Ausbildung von Lehramtsanwärter*innen zu engagieren.

Weitere Anregungen der GEW Thüringen zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

Hebung der Sonderpädagogischen Fachkräfte

Wir fordern die Hebung des Amtes Sonderpädagogischen Assistenten von der A 9 in die A 10, entsprechend des Sonderpädagogischen Oberassistenten von der A 10 in A 11 und die entsprechende Änderung im Thüringer Besoldungsgesetz und der Bildungsdienstlaufbahnverordnung (§ 11). Hintergrund sind die gestiegenen Anforderungen insgesamt, zuletzt aber durch die Thüringer Schulordnung mit einer deutlichen Erweiterung des Aufgabenspektrums.

Schulleitungen

Schulleitungen und stellv. Schulleitungen sind generell eine Besoldungsgruppe höher als die Lehrkräfte einzugruppieren.

Koordinator für Netzwerkschulen im Förderschulbereich

Durch die Schließung/Zusammenlegung von Förderschulen/Förderzentren in den letzten Jahren sind die Aufgaben für die verbliebenen Einrichtungen immer weiter gestiegen. Insbesondere im Hinblick auf die Koordinierung des GU (Gemeinsamer Unterricht) und der Beratung der Netzwerkschulen benötigen die Förderschulen/ Förderzentren dringend weitere Kompetenzen. Die GEW Thüringen schlägt die Schaffung einer Funktionsstelle Netzwerkkoordinator ab einem Richtwert von 25 Netzwerkschulen vor.

Eingruppierung der Lehrkräfte (Fachpraxislehrer*innen und Seiteneinsteiger*innen) an berufsbildenden Schulen

Die Eingruppierung aller Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen muss mindestens in der A 12 erfolgen. Der Fachpraxisanteil von 50 Prozent muss entfallen. Hierfür soll den Lehrkräften die Möglichkeit gegeben werden, auf Antrag die Anerkennung als Einfachtheorielehrer zu erhalten.
Grußformel

Fazit:

Der vorliegende Gesetzentwurf ist aus unserer Sicht nur unzureichend geeignet, dem Personalmangel entgegenzuwirken. Die langfristige Wirkung der Maßnahmen nur unzureichend berücksichtigt.

Wir regen statt eines Schnellverfahrens zur Haushaltswirksamkeit an, mit den Interessenvertretungen der im Schulbereich Beschäftigten, Maßnahmen zu einer dauerhaften Attraktivität des Lehrer*innenberufs zu entwickeln. Dazu gehört auch eine Debatte um Entwicklungsperspektiven der einzelnen Lehrkraft wie des Gesamtsystems. Der immer wiederkehrende „Schweinezyklus“ muss hinsichtlich der Eingruppierungs- und Beförderungsmöglichkeiten durchbrochen werden. Wir plädieren daher eher für Gründlichkeit und Tiefe statt für schnelle Lösungen, die auf Dauer Entwicklungen der Lehrkräfte eher verhindern.

Zum Entschließungsantrag DS 7/2038

Sofern aufgrund besoldungsrechtlicher Änderungen die Tarifautomatik des TV-EntgO-L nicht greift, sind alle Änderungen zwingend auch für Tarifbeschäftigte in Anwendung zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Fragen der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1. Wie beurteilen Sie die Bedarfe an Lehrkräften in den nächsten 5 und den nächsten 10 Jahren nach Schularten und Fächern?

Eine fundierte Bedarfsplanung kann nur das TMBJS zur Verfügung stellen. Der AG PEK Schule (Arbeitsgruppe Personalentwicklungskonzept Schule) wurde in der letzten Beratung am 23.01.2020 zugesichert, dass die Mitglieder der AG die aktualisierte Bedarfsplanung erhalten. Dies ist bisher nicht geschehen. Nach unserer Kenntnis (Basisschuljahr 2018/19) kann bis zum Schuljahr 2030/31 ohne entsprechenden Ersatz von folgenden Differenzen zwischen Bedarf und Bestand an allgemeinbildenden Schulen ausgegangen werden:

Grundschulen	-1.723
Regelschulen	-2.413
Gemeinschafts-/Gesamtschulen	-1.095
Gymnasium und Kolleg	-1.795
Förderschule und GU	-992

Nicht einberechnet sind hier die bisher erfolgten Einstellungen.

Wir kommen zu der Einschätzung, dass der Bedarf in allen Schularten und in fast allen Fächern nicht gedeckt werden kann. Es können nicht alle freiwerdenden Stelle wiederbesetzt werden, von fachgerechter Wiederbesetzung ist oftmals schon keine Rede mehr, Hauptsache irgendwie besetzt. Dabei ist der wachsende Stellenbedarf aufgrund wachsender Schülerzahlen noch gar nicht berücksichtigt, es geht nur um die Bestandsstellen. Dazu kommt, dass es für die immer noch vorhandenen befristeten Stellen, bis auf wenige Ausnahmen (Jena, Erfurt) keine Bewerber gibt. Die Tatsache, dass bei den Einstellungen immer häufiger, mangels qualifizierter Bewerber, auf sog. Seiteneinsteiger zurückgegriffen wird, wird die Bedarfssituation in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Da sich um die Seiteneinsteiger zu wenig oder gar nicht gekümmert wird, ist in vielen Fällen ein Scheitern vorprogrammiert. Die derzeitige Coronasituation wirkt verschärfend.

2. Sind die in der Änderung des Besoldungsgesetzes angeregten besoldungsrechtlichen Maßnahmen geeignet, die von Ihnen prognostizierten Bedarfs zu decken (bitte mit Begründung zu den dargelegten Maßnahmen)?

"§ 46 a Sonderzuschlag zur Personalgewinnung im Schulbereich

Wir zweifeln Umsetzbarkeit und Rechtssicherheit über die bereits geltende gesetzliche Grundlage hinaus an. Die Ausbildung erfolgt in Doppelfächern. Wie verhält es sich, wenn ein Fach davon als Bedarfsfach gilt, das andere nicht? Wie soll in Bedarfschulen außerhalb von Bedarfsregionen vorgegangen werden? Eine Gefährdung des kollegialen Friedens im Kollegium ist zudem nicht auszuschließen.

Was bedeutet es, die fachliche Qualifikation der Bewerber*innen wird berücksichtigt? Seiteneinsteiger*innen kommt erst zum Zug, wenn kein besser qualifizierter Bewerber da ist (vgl. Einstellungsrichtlinien): Seiteneinsteiger*innen, auf die man ggf. dringend angewiesen ist, bekommen den Zuschlag dann nicht?

Die Schulämter sind bereits jetzt und bei gleichbleibender personeller Ausstattung auch weiterhin mit Aufgaben überlastet. Zur Aufgabenerfüllung werden zum Teil Lehrkräfte aus den Schulen (stundenweise) abgezogen, die dort eigentlich dringend im Unterricht gebraucht werden.

"§ 52 a Anwärtersonderzuschläge im Schulbereich

Wir bezweifeln, dass ein solcher Zuschlag zum Erfolg wird. Ist zu erwarten, dass sich Anwärter*innen wirklich so früh auf eine Schule festlegen? Der Vorbereitungsdienst dient dem Lernen, dem

Ausprobieren, Fehler machen u.a. Der Berufseinstieg an einer anderen Schule bietet oftmals ganz andere Perspektiven und erweitert die Handlungsspielräume der Pädagog*innen. Uns überzeugt dieser Zuschlag nicht.

11. Zulagen für die Übernahme besonderer Aufgaben an der Schule

Wir fordern, dass die Klassenleitung als besondere Aufgabe anerkannt wird. Hier ist gründlich zu prüfen, in welcher Form eine Entlastung und Wertschätzung erfolgen kann. Eine Anrechnungsstunde ist mindestens erforderlich.

Insgesamt muss das System von Zulagen und Anrechnungsstunden auf den Prüfstand. U. a. muss geklärt werden, inwieweit Schul-, Klassengrößen, Anzahl Beschäftigter und Schüler*innen etc. dabei Berücksichtigung finden.

Für die Übernahme einer der folgenden Aufgaben an der Schule erhalten Beamte eine Stellenzulage nach Anlage 8:

a) Ausbildungsverantwortlicher,
vgl. einleitende Anmerkungen

b) Koordinator für den außerunterrichtlichen Bereich,
Gibt es bisher nicht, was soll der tun, wenn die Stunden noch nicht einmal für den Unterricht reichen

c) Beratungslehrer,
Ist bereits mit 2 – 5 Stunden aus der Schulpauschale versehen, ggf. Unterstützung durch Schulsozialarbeiter – kein Gießkannenprinzip, sondern detaillierter fassen

d) Mittelstufenkoordinator,
Gibt es bisher nicht, was sollen die Aufgaben sein und was wird unter Mittelstufe verstanden?

e) Koordinator für die Schuleingangsphase und den Übertritt in die Sekundarstufe I (an Grundschulen mit mehr als 180 Schülern),
Gibt es bisher nicht. Welche Aufgaben sind konkret damit verbunden? Beim Übertritt wäre die Zusammenarbeit zwischen Grundschule und den weiterführenden Schulen wichtig und vor allem, dass in Grundschule kein Unterricht ausfällt.

f) Koordinator für den Gemeinsamen Unterricht,
Gibt es bisher nicht und konkrete Aufgabenbeschreibung fehlt (wie bei allen zusätzlich aufgeführten besonderen Aufgaben).

g) Abteilungsleiter (an berufsbildenden Schulen mit bis zu 240 Schülern).
Die Schulgröße hat nicht direkt mit der Größe der Abteilungen zu tun. Eine staatliche Berufsschule mit unter 240 Schülern gibt es u.W. nicht. Die Abteilungen wurden manchmal „willkürlich“ gebildet. Jetzt wurde das teilweise überarbeitet, so dass es mit den 240 Schüler*Innen hinkommt. Die Rechnung lautet: Schülerzahl : 240 ergibt Anzahl der Abteilungsleiter. Diese Abteilungsleiter werden dann ausgeschrieben/ besetzt. Die unter g beschriebene Verfahrensweise würde zu einem völlig neuen Procedere führen. Mit welchem Ziel? Und vor allem mit welchen Folgen?

3. Welche weiteren Maßnahmen halten Sie für geeignet, um die Lücke bei den nicht ausgebildeten SEK 1-Lehrkräften bzw. in den Mangelfächern zu schließen?

Es geht nicht nur um SEK 1-Lehrkräfte und Mangelfächer, es geht um alle Schularten und fast alle Fächer.

Die Vorschläge Zuschläge stellen auf die Verbesserung bei der Bewerberlage/ Stellenbesetzung ab, das Zulagensystem auf Motivation einiger weniger Beschäftigter. Wichtig wäre es, auch die Bestandslehrkräfte in den Blick zu nehmen. Hier gilt es Möglichkeiten auszuloten, die Beschäftigten bis zum Pensions- bzw. Renteneintritt, vielleicht sogar darüber hinaus, im Dienst zu halten. Vorschläge/ Diskussionsansätze kann die GEW bei Bedarf liefern.

Wichtig ist es, die Berufseinsteiger, insbesondere die Seiteneinsteiger so zu begleiten, qualifizieren, damit sie dauerhaft im System bleiben. Dazu bedarf es u.a. der Unterstützung/ Begleitung der erfahrenen Kollegen. Die dafür Anrechnungsstunden/ Zulagen, ... als Anerkennung bekommen. Vorschläge/ Diskussionsansätze kann die GEW bei Bedarf auch dazu liefern.

Eine weitere Anregung wäre, auch die Fachschaftsleiter*innen (ggf. Fächer zusammenfassen) in den Blick nehmen und über die Wertigkeit von Fachberatern nachdenken.

4. Wie beurteilen Sie die unter 3.c) gewählte Zulagenregelung? Gibt es ihrer Kenntnis nach die hier unter g) erfasste Schulgröße an einer berufsbildenden Schule?

Siehe 2 (11 g).

5. Wie beurteilen Sie die Abschaffung des Amtes des Fachleiters/ der Fachleiterin an einem Studienseminar im Jahr 2011 hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren?

Die Abschaffung des Amtes hat nicht direkt mit den Ausbildungskapazitäten zu tun. Indirekt jedoch schon. Wie attraktiv ist die Tätigkeit der Fachleiter*in? Geld ist nicht alles, aber eine gewisse Wertschätzung wird damit ausgedrückt. Dazu kommt, dass der enorme Personalbedarf dazu führt, dass die Stunden im Unterstützersystem im Unterricht fehlen. Damit kommen Fachleiter*innen, aber auch Fachberater*innen zunehmen in die Bredouille. Ansonsten siehe Stellungnahme S. 3.

6. Nehmen die Fachleiter*innen an den Studienseminaren ihrer Kenntnis nach die Aufgaben dauerhaft oder nur zeitweise wahr?

Die Fachleiter*innen nehmen die Aufgaben eher dauerhaft wahr. Wie in anderen Bereich findet auch bei den Fachleiter*innen ein Generationswechsel statt. Nachwuchs, der erfahren und sehr gut qualifiziert ist, ist schwer zu finden. Dazu kommt, dass immer mehr Fachleiter darüber nachdenken, ihre Tätigkeit aufzugeben.

7. Deckt der § 46 des Thüringer Besoldungsgesetz die Möglichkeiten der Zulagen zur Personalgewinnung im Schulbereich, wie in der Änderung als Neufassung des § 46a erfasst, bereits heute schon ab oder gibt es ihrerseits Vorschläge zur Anpassung im § 46 Thüringer Besoldungsgesetz (z.B. Höhe möglicher Zuschläge)? Bitte begründen Sie dies!

Die Schaffung funktionsloser Beförderungen ist grundsätzlich zu begrüßen, sofern sie rechtssicher gestaltet werden. Beförderungssämter, denen keine Haushaltsstellen zugeordnet sind und die auch weiterhin eingeschränkt zur Verfügung stehen, verstellen Perspektiven für zukünftige Generationen von Lehrkräften. Insofern kann nur eine Gesamtbetrachtung des Tätigkeitsfeldes Schule Antwort darauf geben, welche Formen der Anerkennung rechtssicher, motivierend und zukunftssicher sind.

8. Sollte Thüringen alle Grundschullehrkräfte in die A13 gehoben werden? Bitte begründen. Sie dies! Ja, selbstverständlich und zwar und beginnend ab 01.01.2021.

Die Gleichwertigkeit der Tätigkeit ist in verschiedenen Stellungnahmen der GEW Thüringen dargelegt. Gerne verweisen wir Sie auch auf die Seite der GEW mit allen damit verbundenen Informationen und Gutachten: <https://www.gew.de/ja13/>

9. Sollte eine mögliche Hebung der Grundschullehrkräfte in Schritten erfolgen? Bitte begründen Sie dies!

Nein.

10. Inwiefern wirken sich Ihrer Meinung nach die vorgesehenen Änderungen auf das Gesamtgefüge des Besoldungsrechts mit Blick auf die Beamtenschaft insgesamt aus?

In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Erkenntnis und auch das Ergebnis aus der Anhörung vom 26.11.2020 vor dem Petitionsausschuss des Thüringer Landtages, dass die Thüringer Landesregierung in Vertretung des Thüringer Finanzministeriums bestätigt hat, dass die Besoldung im Freistaat Thüringen derzeit verfassungswidrig ist und in der Vergangenheit verfassungswidrig war.

Verwerfungen zwischen Beamten und Tarifbeschäftigten sind unter allen Umständen zu vermeiden.

Fragen der Fraktion der CDU

1. Sehen Sie die Notwendigkeit spezieller Maßnahmen zur Personalgewinnung im Schulbereich, z.B.: Zulagen in bestimmten Regionen und Fächern in Thüringen?

Vgl. Ausführungen zu Anlage 4

2. Wie bewerten Sie den Wegfall der Möglichkeit der funktionslosen Beförderungen an den Schulen und in diesem Zusammenhang den Vorschlag einer finanziellen Anerkennung der Leistung von Lehrerinnen und Lehrern, die besondere Aufgaben an den Schulen wahrnehmen?

Die Schaffung funktionsloser Beförderungen ist grundsätzlich zu begrüßen, sofern sie rechtssicher gestaltet werden. Beförderungsmöglichkeiten, denen keine Haushaltsstellen zugeordnet sind und die auch weiterhin eingeschränkt zur Verfügung stehen, verstellen Perspektiven für zukünftige Generationen von Lehrkräften. Insofern kann nur eine Gesamtbetrachtung des Tätigkeitsfeldes Schule Antwort darauf geben, welche Formen der Anerkennung rechtssicher, motivierend und zukunftssicher sind.

3. Befürworten Sie die Wiedereinführung von Funktionsstellen für Fachleiter in der Ausbildung von Lehramtsanwärtern, um die Nachwuchsgewinnung in den nächsten Jahren abzusichern?

Siehe Ausführungen in der Stellungnahme S. 3.

4. Wie lässt sich aus Ihrer Sicht die Attraktivität der Übernahme einer Schulleitertätigkeit an kleinen Grundschulen erhöhen und finden Sie es angemessen, dass auch Schulleiter kleiner Grundschulen statt einer A 12 mit Zulage eine A 13 erhalten?

Die GEW-Forderung ist eindeutig: „Alle“ Lehrkräfte werden nach A13 besoldet/ in E 13 eingruppiert mit Entwicklungsperspektiven. Schulleiter*innen werden demnach eine Besoldungsgruppe/ Vergütungsgruppe höher besoldet/ eingruppiert.

Fragen der Fraktion der FDP

1. Sehen Sie in der Liste der besonderen Aufgaben, für die Zulagen gewährt werden sollen, diejenigen erfasst, die als relevante zusätzlich Aufgaben betrachtet werden sollten? Welche Aufgaben sollten hier zusätzlich aufgenommen oder gestrichen werden?

- Klassenleitertätigkeit
- fachbegleitende Lehrer*in
- Fachschaftsleiter*in

2. Wie sollte aus Ihrer Sicht das Verhältnis zwischen Zulagen für besondere Aufgaben und Abminderungsstunden gestaltet werden?

Anrechnungsstunden schaffen Entlastung für übernommene zusätzliche Aufgaben. Sie sind häufig zielführender als finanzielle Abgeltung. Insofern ein System, das von den Beschäftigten gut akzeptiert ist. Das Problem entsteht, weil erstens die Schulpauschale nicht alle besonderen bzw. zusätzlichen Aufgaben abdeckt und zudem zweitens aufgrund der personellen Mangelsituation einfach nicht ausgegeben werden können.

Mit Blick auf alternsgerechte Arbeitsbedingungen kann ein attraktives System der Abminderungsstunden einen wesentlichen Beitrag zum Gesundheitsmanagement leisten. Gesundheit lässt sich nicht kaufen.

3. An welche Kriterien lässt sich aus Ihrer Sicht festmachen, ob eine Region als Mangelregion auszuweisen ist?

Diese Frage stellt sich auch die GEW Thüringen.

4. An welche Kriterien lässt sich aus Ihrer Sicht festmachen, ob ein Fach als Mangelfach auszuweisen ist?

Diese Frage stellt sich auch die GEW Thüringen.

5. Ist aus Ihrer Sicht die Möglichkeit zur Gewährung von Zuschlägen über § 46 des Thüringer Besoldungsgesetzes (ThürBesG) bereits gegeben, wenn eine Stelle aufgrund der Bedarfs- und Bewerberlage nicht anforderungsgerecht besetzt werden kann? Sehen Sie Gründe, aus denen darauf im Schulbereich nicht zurückgegriffen wird?

Der GEW Thüringen ist bislang nur die Einstellung mit höherer Erfahrungsstufe bekannt. Insofern regen wir eine Evaluation zur Anwendung des § 46 ThürBesG an, bevor neue gesetzliche Regelungen geschaffen werden.

6. Welche Auswirkungen würde die Gewährung der vorgeschlagenen Regionalen und fächerbezogenen Zulagen auf die Bewerberlage an Schulen und auf die Kollegien vor Ort haben?

Wir verweisen auf die Stellungnahme zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion (DS 7/700).

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2037 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.) <i>Ja</i>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><i>Zuhörervereinigung der bürgerlichen in Thüringen e.V. (Sven Stöckel)</i></td> <td><i>eingetragter Verein</i></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><i>Vilmanns Straße 17-19</i></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><i>99089 Erfurt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Zuhörervereinigung der bürgerlichen in Thüringen e.V. (Sven Stöckel)</i>	<i>eingetragter Verein</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Vilmanns Straße 17-19</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99089 Erfurt</i>
Name	Organisationsform										
<i>Zuhörervereinigung der bürgerlichen in Thüringen e.V. (Sven Stöckel)</i>	<i>eingetragter Verein</i>										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Vilmanns Straße 17-19</i>										
Postleitzahl, Ort	<i>99089 Erfurt</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG) <i>Nein</i>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Thüringer Gymnasien	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Schaffung von Fünftageschulen an Thüringer Gymnasien - Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern und deren Weiterentwicklung.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erkelt, den 17.12.20	

Thüringer Landtag
Jürgen Fuchs Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
03.12.2020 07:50

29730/2020

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen



Datum

03.12.2020

Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei die Stellungnahme unserer Vereinigung.

Zunächst einmal empfinden wir es als positives Signal, dass sich die Landtagsfraktionen dem Thema zuwenden.

Ob ein Sonderzuschlag, wie unter §46a vorgeschlagen, wirksam wird, hängt sicherlich davon ab, welche Angebote andere Bundesländer anbieten. Erfahrungen zeigen, dass den jungen Lehrerinnen und Lehrern das Geld oftmals nicht so wichtig ist, selbstdefinierte Lebensqualität und Heimatverbundenheit geben eher den Ausschlag bei Standortentscheidungen. Das betrifft die Anwärtersonderzuschläge in gleichem Maße.

Zu Punkt 11. Zulagen...

- Die Ausstattung Thüringer Schulen, insbesondere auch der Gymnasien mit Funktionsstellen ist unzureichend
 - In Thüringer Gymnasien sind derzeit drei Funktionsstellen vorgesehen (Schulleiter, Stellvertreter, Oberstufenleiter). Nach einer Studie der BDK von 2016 liegt Thüringen damit am Ende. Andere Bundesländer haben ganz andere Möglichkeiten (Bsp. Gymnasium ca. 750 Schüler: Neben Schulleiter und Stellvertreter gibt es in NRW 7 A15er- und 30 A14er-Stellen, in Niedersachsen waren es 4 A15er und 12 A14er-Stellen)
 - Darüber gibt es in vielen Bundesländern mittlerweile Verwaltungsassistenten, die die Schulleitung unterstützen.
 - Die Aufgaben, die die Schulleitung zu bewältigen haben, sind in den letzten Jahren kontinuierlich erweitert worden, ohne entsprechenden Ausgleich zu schaffen. Das führt zu einer systematischen Überlastung.
 - Die Schaffung von Funktionsstellen ist daher das Gebot der Stunde. Ob das über die Schaffung von Beförderungsstellen oder über das vorgeschlagene Zulagensystem realisiert wird, erscheint uns zunächst einmal nicht von Belang. Hauptsache es wird rasch umgesetzt. Langfristiges Ziel muss es sein, dass es an Thüringer Schulen verlässliche Regelungen gibt und damit auch Entwicklungschancen für Lehrerinnen und Lehrer.

- Die Schaffung von Funktionsstellen ist ein bedeutsamer Standortfaktor. Neue Lehrerinnen und Lehrer wollen wissen, welche beruflichen Perspektiven möglich und realisierbar sind. Derzeit erleben sie, wie Kolleginnen und Kollegen mit dem Eingangsamt in den Ruhestand verabschiedet werden.
- Zur Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern
 - Bevor man Fachleiterinnen und Fachleiter wieder zu Beförderungssämtern aufwertet, sollte man die Lehrerausbildung als solche hinterfragen.
 - Grundlage muss eine tiefgründige und aussagekräftige Evaluation sein. Insbesondere muss die Frage im Mittelpunkt stehen, welche Ausbildungsanteile bei der Ausprägung beruflicher Kompetenzen wirksam sind.
 - Immer wieder ist z. B. festzustellen, dass die Ausprägung der kommunikativen Kompetenzen eher stiefmütterlich behandelt wird.
 - In Thüringen dauert es mindestens sieben Jahre bis man die Ausbildung zum Gymnasiallehrer absolviert hat. Das erscheint zu lang.
 - Der Lehrerberuf ist ein Erfahrungsberuf. Die Erfahrungen müssen kritisch-konstruktiv reflektiert werden. Dazu benötigt man Hilfe von außen, sowohl Beratung als auch Wertungen. Ob die Studienseminare in der derzeitigen Lage diese Rolle übernehmen können, ist fraglich. Insbesondere ist eine kontinuierliche Beratung eher nicht möglich.
 - Beratungen sind nur dann erfolgreich, wenn zwischen Berater und zu Beratenden eine konstruktive Beziehung aufgebaut wurde, die von Akzeptanz und Wertschätzung geprägt ist. Das ist durch die FachleiterInnen bei der geringen Anzahl von Unterrichtsbesuchen schwer zu realisieren, durch die Verantwortlichen für Ausbildung und die Mentoren an der Schule schon.
 - Es zu überlegen, ob die Studienseminare sich auf die Bewertung zurückziehen. Ausbildungsveranstaltungen könnten regionalisiert werden und sollten die Rhythmen in der Schule nicht stören.
 - Es entsteht der Eindruck, dass die Studienseminare das Praxissemester nicht in angemessenen Maß in ihre Ausbildung einbeziehen und dass sie das Schulleben (Projektwochen u.Ä.) etwas ignorieren.
 - Auf Grund verschiedener Faktoren erfolgt die Auswahl von FachleiterInnen nicht mehr nach Leistungskriterien und an Hand von Unterrichtsbesuchen. Das muss umgehend geändert werden.

Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit.

Mit freundlichen Grüßen

1. Vorsitzender

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2037 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt; Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Hv Thüringer Lehrerbund</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Tschakowskistr. 22</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse	Hv Thüringer Lehrerbund	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Tschakowskistr. 22	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Hv Thüringer Lehrerbund										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Tschakowskistr. 22										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

Zu
27/123

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Lehrer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	→ siehe Stellungnahme v. 02.12.2020	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Erfurt, 09.12.20	Unterschrift	

THÜR. LANDTAG POST
03.12.2020 07:13

29716/20



tlv
thüringer
lehrerverband

tlv thüringer lehrerverband Tschalkowskistr. 22, 99096 Erfurt
Via E-Mail: poststelle@landtag-thueringen.de

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



Landesgeschäftsstelle

Tschalkowskistraße 22
99096 Erfurt

Telefon 0361.302526-30
Telefax 0361.302526-5932
post@tlv.de
www.tlv.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

18.11.2020

Mein Zeichen/
meine Nachricht vom

Datum

02.12.2020

Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion CDU – Drucksache 7/2037-

Entschließungsantrag der Fraktion CDU

Zulagensystem für Bedarfsregionen, Mangelfächer und besondere Aufgaben einführen

-Personalgewinnung im Schulbereich erleichtern, Leistungsanreize schaffen

-Drucksache 7/2038-

hier: **Stellungnahme des tlv thüringer lehrerverband**

Sehr geehrte Damen und Herren,

grundsätzlich befürwortet der tlv den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion. Der Lehrermangel an den Thüringer Schulen ist nach wie vor massiv und wird auch in Zukunft nicht geringer. Deshalb ist es notwendig, Anreize zur Personalgewinnung, aber auch für die Übernahme besonderer Aufgaben in den Schulen zu schaffen. Ob allerdings die zeitweise Gewährung von Anwärterzuschlägen die Situation in bestimmten Bedarfsregionen bzw. für die sogenannten Mangelfächer mindert, sei dahingestellt. Hier müssen weitere Bedingungen außerhalb des Besoldungsgesetzes geschaffen werden, zum Beispiel ein schnelleres Einstellungsverfahren und die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen (schulscharfe Ausschreibungen).

Der tlv fordert außerdem schon seit Langem die Wiedereinführung von Beförderungssämtern. Insofern kann die Einführung eines Zulagensystems für bestimmte zusätzliche Aufgaben nur ein erster Schritt sein. Es muss zudem gewährleistet sein, dass die bisherigen Anrechnungsstunden für die geleistete Zusatzarbeit durch die Zahlung der Zulagen nicht wegfallen. Denn der Arbeitsaufwand für die betroffenen Kollegen ist teilweise enorm.

Auch die Wiedereinführung von Funktionsstellen für Fachleiter entspricht einer langjährigen Forderung des tlv. Die Auflistung der zu honorierenden besonderen Aufgaben an den Schulen kann dabei nicht abschließend sein und sollte jederzeit angepasst werden können.

Eine weitere grundlegende Forderung des tlv ist, dass auch für Grundschullehrer/innen bei einer entsprechenden Ausbildung die A13/E13 gezahlt wird. Diesen Aspekt vermissen wir allerdings in diesem Gesetzentwurf.

Mit freundlichen Grüßen

stellv. Landesvorsitzender
tlv thüringer lehrerverband

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes
 Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
 - Drucksache 7/2037 -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt; Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
 (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
Thüringischer Landkreistag	e. V.
Geschäfts- oder Dienstadresse	
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?
 (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)

Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	kommunaler Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Bewertung des Gesetzesentwurfs aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 2.12.2020	

457/2021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drs. 7/2037 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen
	Organisationsform
	nicht eingetragener Verein i.S.v. Art. 9 Abs. 3 GG
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Schillerstraße 44
	Postleitzahl, Ort
99096 Erfurt	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen; Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Der DGB begrüßt die Beschäftigung mit den Fragen Lehrkräftegewinnung und Stärkung des Thür. Bildungssystems als wichtige Zukunftsaufgabe. Die Attraktivierung des Lehrer*innenberufs ist wichtig. Fraglich ist aber, ob dies mit den vorgeschlagenen Maßnahmen zu erreichen ist. Priorität hat für den DGB die Besoldung der Grundschullehrkräfte nach A 13. Die Einführung von (Anwärter-) Sonderzuschlägen wird kritisch betrachtet. Zu begrüßen ist eine stärkere Honorierung der Fachleitertätigkeit. Darüber hinaus müssen die Arbeitsbedingungen in den Schulen insgesamt verbessert werden, um auch vorhandene Lehrkräfte langfristig gesund und motiviert im Schuldienst zu halten und den Dienst in ländlichen Regionen interessanter zu machen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 07.01.2021	

Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB Hessen-Thüringen

DGB

DGB Hessen-Thüringen | Schillerstraße 44 | 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
- Haushalts- und Finanzausschuss -
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
- Versand per Mail -

THÜR. LANDTAG POST
03.12.2020 07:31

29720/20

**Stellungnahme DGB Hessen-Thüringen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes - Drucksache 7/2037 -
sowie zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Zulagensystem für
Bedarfsregionen, Mangelfächer und besondere Aufgaben einführen -
Personalgewinnung im Schulbereich erleichtern, Leistungsanreize schaffen -
Drucksache 7/2038 -**

2. Dezember 2020

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich bedanke mich namens des DGB Hessen-Thüringen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den o.g. Drucksachen. Im Folgenden nehme ich zu einzelnen Aspekten des Gesetzentwurfs Stellung und verweise darüber hinaus auf die Stellungnahmen unserer fachlich zuständigen Mitgliedsgewerkschaft GEW. Das gilt insbesondere für die Beantwortung der Fragen in den Anlagen 4 bis 6.

Schillerstraße 44
99096 Erfurt

Sowohl den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion als auch die Fragenkataloge der Fraktionen des Thüringer Landtages bewerten wir als klare Willensbekundung des Gesetzgebers, sich intensiv mit der Frage der Schulentwicklung und der Thematik der Lehrer*innengewinnung auseinander zu setzen. Das wird der Tatsache gerecht, dass Bildung eine zentrale Frage der Chancengerechtigkeit und wichtige Zukunftsinvestition ist.

hessen-thueringen.dgb.de

Der DGB Hessen-Thüringen setzt sich für eine Strategie der Aufwertung der Arbeit im öffentlichen Dienst über alle Bereiche hinweg ein. Dazu gehören aus unserer Sicht sowohl die Auseinandersetzung mit Besoldungs- und Tarifstrukturen als auch die Frage der Arbeitsqualität. Zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes tragen nicht nur die Bezahlung, sondern auch die Arbeitsbedingungen, insbesondere was Belastung, Gesundheitsschutz und Vereinbarkeit angeht, bei.

In der Diskussion zur geplanten Verfassungsänderung haben wir uns außerdem nachdrücklich dafür ausgesprochen, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse aller Landesteile nicht nur verbal zu wollen, sondern durch Investitionen in die Infrastruktur und Strukturfördermaßnahmen auch aktiv zu befördern. Wie unter A Problem und Regelungsbedürfnis dargestellt, bestehen gerade in ländlichen Regionen Probleme, offenen Lehrer*innenstellen adäquat zu besetzen. Deswegen sollten Ideen, jenseits finanzieller Anreize das Lehramt dort zu attraktiveren, unbedingt mit in den Blick genommen werden. Dies können u.a. eine bessere Anbindung an den ÖPNV, Investitionen in die Schulen, Kitas und öffentliche

Einrichtungen, eine zeitgemäße Ausstattung der Schulen, eine verlässliche Breitbandanbindung sowie die Stärkung der Lebensqualität durch soziale, kulturelle und Freizeitangebote sein.

Ein wichtiges Ziel der Aufwertung ist die Abbildung der Gleichwertigkeit aller Lehrämter. Das bedeutet, dass die im Landtag nach Presseberichten bereits geeinte Besoldung der Grundschullehrkräfte nach A 13 endlich umgesetzt werden muss. Dies fehlt leider im vorliegenden Gesetzentwurf.

Zu den vorgeschlagenen Regelungen nehmen wir im Einzelnen wie folgt Stellung:

Zu Art. 1 Nr. 1 - § 46 a

Der bestehende § 46 „Sonderzuschläge zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit“ ermöglicht die Gewährung von Zuschlägen zur Personalgewinnung und -haltung auch im Schulbereich. Nach meiner Kenntnis wird jedoch wenig von der Möglichkeit des § 46 Abs. 1 Satz 1 Gebrauch gemacht. Die Nutzung des Instruments sowie dessen Geeignetheit zur Zielerreichung sollten näher untersucht werden, bevor ein neues Instrument ausschließlich für den Schulbereich eingeführt wird.

Das gilt vor allem, weil mit einer Zuschlagsgewährung über fünf Jahren deutlich über den § 46 hinaus gegangen wird, wonach der Zuschlag über fünf Jahre jährlich abschmelzend oder über 3 Jahre in gleicher Höhe gewährt werden kann. Wenn bei der Kostenschätzung davon ausgegangen wird, dass 50% der neu eingestellten Lehrkräfte eine Zulage nach § 46 a erhalten, stellen sich erhebliche Fragen bzgl. der Gerechtigkeit und des Signals an die Lehrkräfte, die langjährig in „Bedarfsregionen“ und/oder Mangelfächern engagiert Dienst tun. Stattdessen müssen (auch) Wege gefunden werden, ältere Lehrkräfte durch gute und gesunde Arbeitsbedingungen länger im Dienst zu halten.

Zu Art. 1 Nr. 2 - § 52 a

Bereits heute können nach § 52 Anwärtersonderzuschläge gewährt werden, wenn „erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern“ besteht. „Sie sollen 70 v. H. des Anwärtergrundbetrags nicht übersteigen; sie dürfen höchstens 100 v. H. des Anwärtergrundbetrags betragen.“

Hier kann der Bezug auf den Dienst in einer „Bedarfsregion“ einen qualitativen Unterschied zur aktuellen Rechtslage darstellen. Systematisch nicht nachzuvollziehen ist aber, dass der Dienst nach § 52 a Abs. 2 Satz 1 auch an einer freien Schule geleistet werden kann. Dies kann aus bildungspolitischen Gründen gewollt sein, widerspricht aber den Zielen der §§ 46, 52 ThürBesG.

Fraglich ist auch, wie die Regelung auf andere Anwärter*innen wirkt. Unter D. Kosten wird angenommen, dass 50% der Anwärter*innen einen Zuschlag erhalten. Dabei ist zu bedenken, dass ein angenommener Zuschlag von 1050 € (70% von 1500€) bei einem Anwärtergrundbetrag von ca. 1500 € einen massiven Wertigkeitsunterschied ausdrückt, der geeignet ist, das Gefüge der Anwärterbesoldung insgesamt in Frage zu stellen.

Ergänzend ist anzumerken, dass mit dem DGB ein „Thüringer Gesetz zur Einführung eines Altersgeldgesetzes sowie zur Änderung versorgungs-, besoldungs- und anderer dienstrechtlicher Vorschriften“ der Landesregierung im

Rahmen der beamtenrechtlichen Beteiligung vorlag. Dieses beinhaltet u.a. eine Regelung, die die rechtssichere Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen nach § 52 vereinfachen soll. Auch der § 52 sollte, ggf. nach der erfolgten Änderung, evaluiert und auf seine Geeignetheit und Wirksamkeit untersucht werden.

Für beide Vorschläge gilt, dass die Begriffe „bestimmte Regionen (Bedarfsregionen) und Fächer“ bzw. für Dienst in „einer Bedarfsregion“ zu unbestimmt sind. Eine Verordnungsermächtigung sollte mindestens Kriterien oder eine Definition enthalten.

Zu Art. 1 Nr. 3:

Die Vorschläge unter Nr. 3 a zur Änderung der Zulagengewährung beziehen sich sehr detailliert auf Fragen der Schulorganisation. Wir schließen uns hier vollumfänglich der Stellungnahme der GEW an und bitten auch um Beachtung der Antworten auf die Frage 2 der Koalitionsfraktionen sowie der Fragen 1 und 2 der FDP-Fraktion.

Den Vorschlag unter Nr. 2 b), die Tätigkeit als Fachleiter*in adäquat zu honorieren, begrüßen wir ebenfalls im Grundsatz.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2037 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt; Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <i>Verband Souveränpädagogik e.V.</i> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td><i>Verband Souveränpädagogik Landesverband Thüringen e.V.</i></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><i>Geschäftsteile</i></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><i>Am alten Markt 9</i></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><i>07 Günterleben 99869 Drei Gleichen</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		<i>Verband Souveränpädagogik Landesverband Thüringen e.V.</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Geschäftsteile</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Am alten Markt 9</i>	Postleitzahl, Ort	<i>07 Günterleben 99869 Drei Gleichen</i>
Name	Organisationsform										
	<i>Verband Souveränpädagogik Landesverband Thüringen e.V.</i>										
Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Geschäftsteile</i>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Am alten Markt 9</i>										
Postleitzahl, Ort	<i>07 Günterleben 99869 Drei Gleichen</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Charakteristika ist Vb 566 in. (Förderung der Gerechtigkeit, die Vollst. - u. Befriedigung dieser Bedürfnisse)</i> <i>- gemeinschaftlich anerkannt</i>	
	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
4.	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>- Regelungsbedarf international</i> <i>- auf Lebenswirklichkeit hin gewiesen</i> <i>- Betonung auf einen festen, mit Klärung (auch Verpflichtung) planbar</i> <i>- eine Bereitschaft zur Inanspruchnahme geboten</i> <i>- Spruchangebot signalisiert</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
DKi Gleichen, 1. Dezember 2020	

Stellungnahme zum Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zu den Drucksachen 7/2037 und 7/2038

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Sie werden verstehen, dass sich der Verband Sonderpädagogik-Landesverband Thüringen e. V. als Fachverband zur aufgerufenen Anhörung nicht so tiefgründig äußern kann, wie die Gewerkschaften und Verbände, die als standespolitische Vertretungen fungieren. Dennoch möchte ich einige Gedanken zum Entwurfstext äußern und bedanke mich für die Gelegenheit, dieses tun zu dürfen.

Es ist erfreulich, dass sich der Thüringer Landtag mit dem eklatanten Personalmangel an allen Schularten in Thüringen befasst und Vorschläge beraten wird, die diesem Mangel entgegenzutreten könnten.

Im Antragstext wird auch Bezug auf die in den Jahren 2011 und 2018 durch den Thüringer Landtag, also die Abgeordneten, geänderten Passagen des Thüringer Besoldungsgesetzes genommen. Diese damaligen Änderungen konnten von vielen Anzuhörenden nicht mit getragen werden. In der Hoffnung auf den heutigen Kenntnisstand der Probleme, die diese damaligen Änderungen mit sich gebracht haben, teile ich Ihnen das Folgende mit:

Oft wird beklagt, dass einige Pädagogen an den Schulen nicht mehr bereit seien, Verantwortung (außerhalb ihrer Klassen) zu tragen. Das wundert nicht. Ein solcher Einsatz wird nicht belohnt, sondern kostet Lebenszeit, deren Einsatz nicht honoriert wird. Hier spiegelt sich das Ergebnis des Wegfalls der „funktionslosen Beförderungen“ im Jahr 2018 wieder. Das bedeutet, man kann sich anstrengen wie man will, man bleibt im Eingangsamt hängen. Da die Funktionsstellen naturgemäß begrenzt und besetzt sind, gibt es wenige Chancen auf eine beförderungsfähige Stelle. Naturgemäß dauert es einige Jahre, bis eine solche Stelle frei wird. Wo sehen Sie seit 2018 den Anreiz für die Pädagogen sich über die Norm hinaus einzubringen? Die Kolleginnen und Kollegen in allen Schularten bringen sich dennoch ein und geben – besonders vor dem Hintergrund des sich in großem Tempo verändernden Arbeitsfelds der Lehrkräfte und der dadurch anstehenden Fortbildungen – alles, um eine optimale Wissensvermittlung zu gewährleisten.

Der Vorschlag, eine Zulage für die Bereitschaft der Übernahme von besonderen Aufgaben reicht nicht aus. Es wird wieder nur ein Bruchteil von Pädagogen in den Genuss einer sichtbaren Wertschätzung ihrer Arbeit kommen. Für das Gros in den Kollegien ändert sich nichts. In diesem Zusammenhang ist eine Wiedereinführung von „funktionslosen Beförderungen“ (die nicht nur an Alter und Dienstjahren festgemacht werden) angebracht. Es spricht nichts dagegen, wie geplant, für die Übernahme von besonderen Aufgaben einen finanziellen Anreiz zu schaffen.

Die im Entwurf vorgelegte Verfahrensweise führt in keinstenweise zu einer (einigermaßen) ausgewogenen Honorierung von Leistungen.

Der geplante Sonderzuschlag eines nicht ruhegehaltstfähigen Zuschlags für den Einsatz als Lehrkraft in bestimmten Regionen wird begrüßt, ebenfalls die Begrenzung der Zahlung auf fünf Jahre. Zuschläge für bestimmte Fächer sind kritisch zu sehen. Die Studierwilligen sollen sich nicht für das Studium eines bestimmten Faches entscheiden, weil dies in der Praxis besser entlohnt wird. Das wäre fatal, wenn die Studienentscheidung durch staatliche Anreize gelenkt wird und nicht die Eignung, Leistung und Befähigung für die Studienwahl von Bedeutung ist. Hier wäre eine andere Vorgehensweise produktiver. So könnten bspw. für die Aufnahme von berufsbegleitenden Studien in den „Mangelfächern“ durch finanzielle Anreize in Form von bezahlten Freistellungen vom Unterricht gegeben werden.

Die vorgesehenen Anwärtersonderzuschläge sind ein Schritt in die richtige Richtung, ebenso die geplante Wiedereinführung der durch die Novelle des Thüringer Besoldungsgesetzes im Jahr 2011 gestrichenen Funktionsstellen für Fachleiter. Die vorgesehene Schaffung eines Beförderungsamtes ist die notwendige Folge. Diese Maßnahmen sind selbstredend. Der Freistaat Thüringen trägt die „Standards für die Lehrerbildung“ als Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 16.12.2004 i. d. F. vom 16.05.2019 mit. In diesem Beschluss werden Standards für die Lehrerbildung formuliert, die sich an der Veränderung der Gesellschaft und somit an geänderte Anforderungen an die Lehrerschaft befasst. Für die Umsetzung des Beschlusses müssen die Studienseminare gerüstet sein und werden, auch mit motiviertem Personal.

Die vorgesehen Besoldung von Schulleitern kleiner Grundschulen (bis zu 180 Schülern) mit A 13 steht der Schulentwicklung entgegen. Die in den letzten Jahren geführten Debatten um die Sinnhaftigkeit kleiner Grundschulen zeigen das. Hier muss ehrlicherweise der Schulalltag an solchen Schulen genau beleuchtet werden. Ein finanzielles Signal könnte hier ein falsches Signal sein. Der am 1. August 2021 in Kraft tretende dritte Abschnitt des Thüringer Schulgesetzes verweist explizit im § 41 a) Absatz 2 auf einen Zusammenhang von Schulgröße und Differenzierung des Unterrichts hin.

Dass die vorgelegten und zur Diskussion gestellten Maßnahmen für Beamtinnen und Beamte sowie für Tarifangestellte gleichermaßen gelten sollen, versteht sich von selbst.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, erlauben Sie mir außerhalb dieser Anhörung einen kurzen Diskurs in die Rubrik „Nehmen und Geben“ im Schulalltag. Es ist mir bewusst, dass dies nicht Gegenstand der anberaumten Anhörung ist.

Es bleibt Ihnen unbenommen, die bisher gemachten Ausführungen zur Seite zu legen oder (was mich freuen würde) weiter zu lesen.

In der sehr hitzig geführten, bis in die Nacht reichenden Debatte der Anhörung zum „Thüringer Gesetz über die Weiterentwicklung des Schulwesens“ wurde von unserem Verband

auf die ausgelegten Fallstricke der Integration des Förderschulgesetzes in das Schulgesetz hingewiesen.

In der dem Gesetz nachfolgenden Thüringer Schulordnung hat der § 29a die Sonderpädagogischen Fachkräfte (SPF) als Verlierer des Verfahrens festgelegt. Die Gesellschaft nimmt die Arbeitskraft, gibt nichts zurück. Die im o. g. Paragraphen deutlich erweiterten Arbeitsbereiche einer SPF sind bei gleichgebliebener Entlohnung (E 9) nicht vermittelbar. Der Fachverband sieht hier u. a. die Fachlichkeit gefährdet. Das Thüringer Besoldungsgesetz steht derzeit in Punkto Zulagen auf dem Prüfstand. Prüfen Sie bitte auch für die SPF und stellen Sie Gerechtigkeit her. Mit der Thüringer Schulordnung wurden Fakten geschaffen, die nun über die Besoldung wieder ins Gleichgewicht kommen können.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen sehr gern zur Verfügung.

Hinweis: In Thüringen ist die korrekte Bezeichnung „Lehramt für Förderpädagogik“ (nicht für Förderschulen) Ich bitte bei Änderungen im Thüringer Besoldungsgesetz und in der Thüringer Besoldungsordnung den darin vorhandenen Terminus auszutauschen.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzende

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Betelligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2037 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt; Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Ausbildung in der 2. Phase der Lehrerbildung</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>- Befürwortung der Gesetzesänderung</i> <i>- Leistungsgerechte Besoldung - Denkanstöße</i> <i>- Ausbildung in der 2. Phase der Lehrerbildung</i> <i>- Forderung nach einheitlicher Besoldung</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Nordhausen, 01.12.2020	



Grundschulverband e. V.
gegründet 1969 als
Arbeitskreis Grundschule
Landesgruppe Thüringen

Hauptstraße 7
99734 Nordhausen

Grundschulverband e.V. • Landesgruppe Thüringen

Thüringer Landtag
Haushalts- und Finanzausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Nordhausen, 01.12.2020

Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes und zum Entschließungsantrag der Fraktion der CDU „Zulagensystem für Bedarfsregionen, Mangelfächer und besondere Aufgaben einführen - Personalgewinnung im Schulbereich erleichtern, Leistungsanreize schaffen“

Der Landesvorstand Thüringen des Grundschulverband e.V. begrüßt das vorliegende Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes und schließt dabei das „Zulagensystem für Bedarfsregionen, Mangelfächer und besondere Aufgaben einführen - Personalgewinnung im Schulbereich erleichtern, Leistungsanreize schaffen“ mit ein. Der Landesvorstand verweist gleichzeitig auf die Notwendigkeit der zügigen Umsetzung des benannten Gesetzes.

Die im Artikel 1 aufgeführten Sonderzuschläge – **Sonderzuschlag zur Personalgewinnung im Schulbereich, die Anwärtersonderzuschläge im Schulbereich sowie die Zulagen für die Übernahme besonderer Aufgaben an der Schule** wurden aus unserer Sicht nachvollziehbar begründet.

Bezogen die Zulagengruppen möchten wir auf folgende Punkte aufmerksam machen:

1. Leistungsgerechte Besoldung

Der Mangel an Lehrkräften auf dem Land stellt für uns die Ursache für Diskussionen um die Besoldung der Lehrkräfte dar. Es ist entmutigende Tatsache, dass für Grundschullehrkräfte der Einstieg in eine Besoldungsgruppe gleichzeitig auch der des Eintritts in die Pensionierung entspricht.

2. Nachdenken über leistungsgerechte Besoldung

Uns stellt sich die Frage: Was würde die Motivation aller Grundschullehrkräfte befördern?
Leistungsgerechte Besoldung

- Vergütung der Klassenlehrertätigkeit (Stufenmodell: Kinderanzahl, Förderpläne, Migranten)
- Arbeit in Schulgremien
- spezielle Angebote

Unbenommen existieren Unterschiede zwischen Stadt und Land. Große Grundschulen befinden sich in Städten mit meist **guter Infrastruktur**, aber sind geprägt von überwiegend großen Klassen, vielen Kindern mit Migrationshintergrund, einer hohen Anzahl an Kindern mit pädagogischem und sonderpädagogischem Förderbedarf. Auf dem Land mit einer weit **geringen entwickelten Infrastruktur** befinden sich in den Grundschulen Klassen mit geringerer Schülerzahl, weniger Kinder mit Migrationshintergrund und weniger Kinder mit pädagogischem und sonderpädagogischem Förderbedarf.

Hier sehen wir auch die Ursache für die geringe Attraktivität der Schulen auf dem Land. Mittel dagegen wären:

- eine Prämie für die Einrichtung einer Wohnung,
- oder die Unterstützung der Mobilität,
- ...

Damit Lehrer*innen den Beruf kompetent ausführen können und das überall im Freistaat Thüringen bedarf es einer Ausbildung, die den Forderungen an eine zukünftige Grundschule gerecht wird. Dazu zählen, dass Schule ein Ort:

- der allseitigen Bildung,
- der Förderung und Würdigung von Leistung,
- der Lebens- und Lernfreude,
- der Mitwirkung im demokratischen Sinn,
- des individuellen und gemeinsamen Lernens und das für alle Kinder

ist.

Die Ausbildung in der zweiten Phase der Lehrerbildung findet in den Staatlichen Studienseminaren, den Seminarschulverbünden und der Seminarschule statt. Die dort tätigen Fachleiter*innen, aber ebenso die in Ausbildung involvierten Schulleiter*innen erfahren mit der Änderung in der Besoldungsordnung A die Wertschätzung, die ihnen gebührt.

Denkanstöße für das **Jetzt und Zukünftige** :

① Zukünftig besteht ein hoher Bedarf an Grundschullehrer*innen, auch aufgrund von ungenügender Einstellung in den 90er Jahren und der daraus resultierenden Altersstruktur .

② Die Abschaffung des Amtes der Fachleiter*innen führte zu einer finanziellen Ungleichbehandlung der Personen mit gleichen Aufgabenbereichen. Die im Jahr 2018 erhöhte Zulage für Fachleiter*innen ist nicht ruhegehaltstfähig und kann somit nicht als Anerkennung der besonderen Leistungen gelten. Sie ist nur ein Ausgleich für entstandene Mehrkosten.

③ Alle Fachleiter*innen nehmen aufgrund der konstant hohen Lehramtsanwärter*innenzahlen die Aufgaben dauerhaft wahr. Dabei ist zu beachten, dass die Ausbildungsverpflichtungen in den letzten Jahren durch eine Verkürzung der Ausbildungszeit auf 1 Jahr im Grundschulbereich sowie derzeit vier Einstellungsterminen stark angestiegen sind.

⑤ Alle ausgebildeten Grundschullehrkräfte sollten aufgrund der Gleichbehandlung der Lehrämter ausnahmslos in die A13 gehoben werden. Die Aufgaben der Grundschullehrer*innen haben sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Grundschulen sehen Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischen Förderbedarfen nicht als Zukunftsherausforderung. Sie stellen sich den Anforderungen.

⑥ Zusätzlich wurde aufgrund der sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen in den letzten Jahren eine intensive Zusammenarbeit mit verschiedenen Ämtern und Institutionen forciert. Das bedeutet besonders für die Grundschule eine Neuausrichtung des Bildungs- und Erziehungsauftrages. Aus genannten Gründen ist eine Anhebung in die Besoldungsgruppe A13 zwingend notwendig, da sonst eine Abwanderung von Grundschullehrkräften in andere Bundesländer weiterhin zu befürchten ist.

⑦ Die Einführung eines entsprechenden Amtes mit einer höheren Besoldung ist in diesem Zusammenhang sicherlich ein wichtiger Baustein. Warum allerdings auch hier mit zweierlei Maß gemessen wird, erschließt sich uns nicht. Worin unterscheidet sich denn die Tätigkeit eines Fachleiter*in der Grundschule von der Tätigkeit der anderen Schularten? Für uns bleibt es daher bei der grundsätzlichen Forderung nach "A 13 für alle". Oder Fachleiter*innen der Grundschule müssten analog dann in die A 14 gehoben werden.

Vorsitzende der Landesgruppe Thüringen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilIdokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilIdokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2037 -	
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <i>ja</i> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilIdokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilIdokG) <i>nein</i>
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 30.11.2020	

BLV · Linderbacher Weg 30 · 99099 Erfurt

Thüringer Landtag
Haushalts- und Finanzausschuss

Jürgen – Fuchs – Str.1

99096 Erfurt

2020-12-01 /20/0309

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich, dass uns die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschuss des Thüringer Landtags die Möglichkeit geben, zum Gesetzentwurf der CDU „Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes“ (Drucksache 7/2037) Stellung zu nehmen, welche wir gern wahrnehmen. Zu oben genannten Gesetzentwurf nimmt der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen in Thüringen – Berufsschullehrerverband (BLV) wie folgt Stellung:

Zum neuen § 46a

Die Einführung eines nicht ruhegehaltstfähigen Zuschlags kann ein Mittel zur Personalgewinnung für bestimmte Regionen und Fächer im Schulbereich sein. Klar ist ebenfalls, dass dieser Zuschlag zeitlich begrenzt wird. Im Gesetzentwurf sind es fünf Jahre. Dennoch stellt sich die Frage, wie sich die dadurch gewonnenen Kollegen(innen) nach Ablauf dieser Frist verhalten werden. Für eine längerfristige Verwurzelung in diesen Regionen bedarf es dann sicherlich mehr (weiche Faktoren), als nur die Gewährung eines fünfjährigen Zuschlages. Wenn es nicht nur zum Mitnahmeeffekt kommen soll, bedarf es aus unserer Sicht eines ganzen Bündels an regionalpolitischen Maßnahmen.

Zum neuen § 52a

a) Änderungen im Abschnitt II

In der neuen Nummer 11 wird geregelt, dass Lehrer(innen), welche besondere Aufgaben an der Schule wahrnehmen, einen Zuschlag bekommen sollen. Aus Sicht des BLV ist das für den Bereich der berufsbildenden Schulen, auch im Hinblick auf die Besoldung in den angrenzenden westlichen Bundesländern, nicht ausreichend. Die Bereitschaft der Lehrer(innen) zur Übernahme von besonderen Aufgaben an der Schule lediglich nur mit Gewährung einer Zulage wertzuschätzen, führt zu erheblichen Nachteilen im bundesweiten Wettbewerb um die ohnehin wenigen grundständig ausgebildeten Berufsschullehrer(innen). Die Beseitigung dieses Wettbewerbsnachteils kann aus Sicht des BLV nur durch Schaffung und Bewirtschaftung eines Stellenkegels (A 13 Eingangsamt; A 14 Beförderungsamt z.B. für besondere Aufgaben) beseitigt werden. Abteilungsleiter(in), Fachleiter(in) am staatl. Studienseminar und stellv. Schulleiter(in) wären in Folge der Einführung dieses Stellenkegels neu zu bewerten. Ebenso wäre in diesem Zusammenhang die Nummer 11g) entbehrlich. Zur Erläuterung dieser Aussage siehe die Ausführungen in Anlage 1 dieser Stellungnahme zur Beantwortung der Frage 4 der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

b) Änderungen in der Besoldungsordnung A

Wenn zukünftig ein Fachleiter in der Ausbildung von Lehramtsanwärtern für das Lehramt an Regelschulen, an Förderschulen, an Gymnasien oder an den berufsbildenden Schulen nach A 14 besoldet werden soll, hieße das allerdings als Konsequenz, dass ein Seminarrektor als ständiger Vertreter des Leiters eines staatlichen Studienseminars für das Lehramt an Gymnasien, an berufsbildenden Schulen, an Regelschulen oder an Förderschulen nach A 15 besoldet werden sollte und ein Leiter dieser o.a. Studienseminare nach A 16.

Mit freundlichen Grüßen

(Vorsitzender)

Anlage 1

Antworten auf einige Fragen der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN

Zu 1.:

Von den gegenwärtig ca. 3.000 an den berufsbildenden Schulen tätigen Lehrer(innen) sind 69% älter als 50 Jahre und von diesen wiederum 20% älter als 60 Jahre. Nimmt man an, dass von diesem Personenkreis mehr als 50% die vorgezogene Altersrente bzw. einen Antrag auf vorzeitige Versetzung in den Ruhestand stellt, lässt sich leicht der Bedarf in den nächsten fünf bis zehn Jahren, bei steigenden Schülerzahlen an den berufsbildenden Schulen prognostizieren.

Zu 2.:

Die in der Änderung des Besoldungsgesetzes angeregten Maßnahmen sind nur zu einem geringen Teil geeignet, um den zukünftigen Bedarf an Lehrer(innen) für die berufsbildenden Schulen zu decken. Die für die vielfältigen Bildungsgänge und den damit breiten Fächerkanon benötigten Lehrer(innen) können nicht allein in Thüringen ausgebildet werden. Demzufolge wird man immer darauf angewiesen sein, Absolventen für das Lehramt an den berufsbildenden Schulen von Universitäten in anderen Bundesländern für den Schuldienst an den berufsbildenden Schulen in Thüringen zu gewinnen. Mit der derzeitigen und den angedachten Änderungen in der Besoldung hat Thüringen einen steten Wettbewerbsnachteil bei der Gewinnung von Lehrern(innen) aus anderen Bundesländern für diese Schulart. Siehe auch hierzu die Ausführungen in der obigen Stellungnahme zum neuen § 52 a; Punkt a)

Zu 4.:

Zur Beurteilung der unter 3c gewählte Zulagenregelung siehe die Beantwortung der Frage 2.

Ergänzend einige Ausführungen zur angedachten Änderung in Nummer 11g:

Aus Sicht des BLV könnte Nummer 11g falsch formuliert sein, da es keine berufsbildenden Schulen mit weniger als 240 Schülern gibt. Gemeint sein könnte: „Abteilungsleiter an berufsbildenden Schulen, welche eine Abteilung mit bis zu 240 Schülern leiten.“ Hier müsste nochmals bei den Kollegen(innen) der CDU – Fraktion nachgefragt werden. Dennoch möchte in diesem Zusammenhang der BLV auf folgende Problematik aufmerksam machen:

Nach gegenwärtigem Besoldungsgesetz erhält ein(e) Abteilungsleiter(in) eine Besoldung in A 14, wenn eine Abteilung an einer berufsbildenden Schule mindestens 240 (Vollzeit)Schüler umfasst (2,5 Teilzeitschüler entsprechen einem Vollzeitschüler). Bei der Umrechnung der Anzahl der Teilzeitschüler (Schüler, welche nur zeitweise, meist 13 Wochen im Schuljahr, zur Absolvierung des fachtheoretischen Unterrichts die Berufsschule besuchen) in Vollzeitschüler entsteht bei der Ermittlung der Anzahl an Abteilungsleiterstellen eine gebrochene Zahl, wobei die Anzahl an Abteilungsleiterstellen einer berufsbildenden Schule die Zahl vor dem Komma ist. Nachkommastellen müssen unberücksichtigt bleiben. Auf dieser Berechnungsbasis ergeben sich 52 Abteilungsleiterstellen für die 37 berufsbildenden Schulen. Diese Stellen wurden anhand der Schülerstatistik der Schüler an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2018/19 errechnet. Betrachtet man die Schülerzahl an berufsbildenden Schulen (bezogen auf das Schuljahr 2018/19) thüringenweit, ergeben sich 95 Abteilungsleiterstellen. Diese sich aus thüringenweiter und schulscharfer Betrachtung ergebende Differenz von 43 Stellen könnte dazu verwendet werden, um an berufsbildenden Schulen mit z.B. 0,95 Stellen (Berufsbildungszentrum Hildburghausen), 1,95 Stellen (BSZ Kyffhäuserkreis) usw. weitere Abteilungsleiterstellen zuzuweisen, bis insgesamt die fiktiven 43 Stellen aufgebraucht sind. Hierzu bedarf es allerdings einer noch zu schaffenden Rechtsverordnung. Diesen Weg erachtet der BLV als wesentlich sinnvoller, als Abteilungsleiter von Abteilungen mit weniger als 240 Schüler eine Zulage zu gewähren. Man schafft sich durch die Einführung von 11g nur Abteilungsleiter 1. (Besoldung A 14) und 2. (Zulage) Klasse, abgesehen von der Problematik einer zukünftigen Besetzung solcher Abteilungsleiterstellen mit Zulage.

Zu 5.:

Einen Zusammenhang zwischen der Abschaffung des Amtes des(r) Fachleiters(in) und den Ausbildungskapazitäten kann vom BLV nicht beurteilt werden. Fakt ist aus unserer Sicht jedoch, dass mit der gegenwärtigen Verfahrensweise keine kontinuierliche pädagogische Arbeit an den staatlichen Studienseminaren erfolgen kann. Des Weiteren wird für die Neu- bzw. Wiedergewinnung von Fachleitern Arbeitszeit der Seminarleitungen in Anspruch genommen, in welcher diese bereits andere Aufgaben hätten erledigen können. Ob auch in Zukunft Kollegen(innen) bereit sind unter den gegenwärtigen Umständen zeitweise als Fachleiter(in) zu arbeiten, wird sich zeigen.

Zu 6.:

Ob die Fachleiter(innen) die Aufgaben am Studienseminar dauerhaft oder zeitweise wahrnehmen, hängt von ihren Zuständigkeiten ab. Fachleiter(innen) für Fächer der allgemeinen Pädagogik, Psychologie oder allgemeiner Didaktik nehmen diese Aufgaben nach unserer Kenntnis dauerhaft wahr. Für Fachleiter(innen) spezieller Fachdidaktiken ist dies von der Anzahl der zu betreuenden Lehramtsanwärter(innen) bzw. Nachqualifizierer abhängig. Der BLV vertritt die Auffassung, dass darüber hinaus beim derzeitigen Konzept der pädagogischen Nachqualifikation der Seiteneinsteiger genügend Aufgaben für Fachleiter(innen) der jeweiligen Fachdidaktiken vorhanden wären. Aufgaben, die derzeit von Lehrer(innen) an den jeweiligen Schulen mit erledigt werden müssen, ohne dass diese dafür eine materielle Anerkennung erhalten.

Zu 7.:

Der §46 des Thüringer Besoldungsgesetzes deckt die Möglichkeiten der Personalgewinnung, wie sie im neu gefassten §46a formuliert wurden, nicht vollständig ab. Die Notwendigkeit, dass bei Gewährung von Sonderzuschlägen stets die oberste Dienstbehörde ein Einvernehmen mit dem für das Besoldungsrecht zuständige Ministerium ein Einvernehmen herzustellen hat, birgt stets die Gefahr, dass die Gewährung von Sonderzuschlägen von der aktuellen Kassenlage des Landes abhängig gemacht wird.

Zu 8. und 10.:

Die Besoldung der Grundschullehrkräfte nach A 13 ist aus unserer Sicht unter dem Gesichtspunkt des bundesweiten Wettbewerbs um die besten Lehrer(innen) für diese Schulart zu sehen. Nach unserem Kenntnisstand besolden bereits heute schon die meisten Bundesländer die Grundschullehrer(innen) in dieser Besoldungsgruppe. Allerdings ist in diesem Zusammenhang das Gesamtgefüge des Besoldungsrechtes der in Thüringen tätigen Lehrer(innen) zu sehen. Das heißt z.B., dass es bundesweit üblich ist, grundständig ausgebildete Lehrer(innen) für das Lehramt für berufsbildende Schulen im Eingangsamt nach A 13 zu besolden, mit einer Option der Beförderung nach A 14.

(Vorsitzender)

Anlage 2

Antworten auf einige Fragen der CDU – Fraktion

Zu 1.:

Der BLV sieht ebenfalls die Notwendigkeit spezieller Maßnahmen (z.B. Gewährung von Zulagen) zur Personalgewinnung im Schulbereich. Insofern sind die Maßnahmen, welche in den neugefassten §§ 46 a und 52 a erste Schritte in die richtige Richtung.

Zu 2.:

Der Wegfall der funktionslosen Beförderung kann nicht durch die Gewährung von Zulagen kompensiert werden. Die Wahrnehmung von besonderen Aufgaben im Schulbereich ist stets mit der Übernahme von mehr Verantwortung für die Erfüllung dieser besonderen Aufgabe verbunden. Diese „Mehrverantwortung“ lediglich mit einer nicht ruhegehaltsfähigen Zulage abzugelten ist in keinem anderen Bereich des öffentlichen Dienstes, außer dem Schulwesen, üblich.

Zu 3.:

Unter den Blickwinkeln einer kontinuierlichen Arbeit in der Ausbildung der Lehramtsanwärter(innen) und der Nachqualifizierung der Seiteneinsteiger sowie der Beibehaltung bzw. der Erhöhung der Ausbildungskapazitäten an den staatlichen Studienseminaren, sollten Stellen für Fachleiter(innen) in Zukunft wieder Funktionsstellen mit der entsprechenden Besoldung sein.

(Vorsitzender)

Anlage 3

Antworten auf einige Fragen der FDP – Fraktion

Zu 1.:

Der BLV sieht in der Liste der besonderen Aufgaben diejenigen, für die eine Zulage gewährt werden sollte, erfasst. Eine Ausnahme bildet im neugefassten §52 a die Nummer 11g. Die Meinung des BLV zu dieser Personengruppe finden Sie in der Anlage 1 in der Antwort zu der von den derzeitigen Regierungsfractionen gestellten Frage 4.

Zu 2.:

Aus Sicht des BLV kann diese Frage so nicht formuliert werden. Die Übernahme einer besonderen Aufgabe ist stets mit Übernahme von mehr Verantwortung verbunden. Die Bereitschaft zur Übernahme und das Tragen dieser „Mehrverantwortung“ kann nur durch einen finanziellen Anreiz (höhere Besoldungsstufe) gefördert werden. Für das ordnungsgemäße, richtige Ausfüllen dieser, im Vergleich zum regulären Unterricht, höher wertigen Tätigkeit ist u.a. auch Zeit erforderlich. Woher soll diese Zeit kommen, wenn man bei Erfüllung seiner in der Lehrerdienstordnung vorgegeben Aufgaben, einschließlich der zu haltenden Pflichtstundenzahl an zu erteilenden Unterricht bereits auf eine Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche kommt?

Zu 3.und 4.:

Das entscheidende Kriterium hierzu ist das Verhältnis zwischen den zur Verfügung stehenden Bewerbern und die offenen Stellen in dieser Region/ für dieses Fach. Wird hierbei ein zu definierender Wert unter- bzw. überschritten, handelt es sich um eine Mangelregion/ Mangelfach.

Zu 5.:

Siehe hierzu die Antwort in der Anlage 1 zu der von den derzeitigen Regierungsfractionen gestellten Frage 7.

(Vorsitzender)

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzesentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzesentwurfs)?													
Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2037 -													
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt; Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Hbb beamtetenbund und tarifunion thüringen</td> <td>e.v. (Verband)</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Schmidtstädter Str. 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Hbb beamtetenbund und tarifunion thüringen	e.v. (Verband)	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schmidtstädter Str. 9	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt		
Name	Organisationsform												
Hbb beamtetenbund und tarifunion thüringen	e.v. (Verband)												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schmidtstädter Str. 9												
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Dachverband Gewerkschaften des Öffentl. Dienstes</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>Der Lbb sieht ebenfalls die Notwendigkeit, das Thüringer Arbeitsmarktrecht leistungsfähiger + motivierender auszugestalten. Personalgewinnungsstellen und Anwerter sonderzuschläge sind keine gelungene Lösung.</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 02.12.2020	

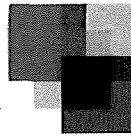


**beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

Schmidtstedter Straße 9
D-99084 Erfurt

Telefon (0361) 654 75 21
Telefax (0361) 654 75 22

www.bthh-konkret.de
bthh.de



**tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Landesvorsitzender

per E-Mail

Thüringer Landtag
-Haushalts- und Finanzausschuss-
Ministerialrat Bieler
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST

03.12.2020 08:54

29734/2020

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521

Telefax: 0361.6547522

E-Mail: post@dbbth.de

www.thueringer-beamtenbund.de

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
18. November 2020

Datum
02. Dezember 2020

Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Bieler,

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. bedankt sich für die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme.

Da unsere Fachgewerkschaften tlV thüringer Lehrerverband, TPhV Thüringer Philologenverband, BLV Berufsschullehrerverband und TVDL Thüringer Verband der Lehrer jeweils gesondert um Stellungnahme gebeten wurden, wird sich der tbb nur zu den allgemeinen Fragen äußern. Bezüglich der Fachaussagen verweisen wir auf die Stellungnahmen unserer Fachgewerkschaften.

I. Vorbemerkungen zu Drs. 7/2037 und 7/2038 (Anlagen 2 und 3)

Es besteht die dringende Notwendigkeit, das Besoldungsrecht in Thüringen leistungsfähiger und motivierender auszugestalten. Dafür ist es unabdingbar, zusätzliche Mittel bereitzustellen und einzusetzen. Der tbb begrüßt, dass diese Notwendigkeit zumindest mit Blick auf eine Personengruppe im öffentlichen Dienst erkannt und nun Schritte eingeleitet werden sollen, die den Dienst im Land Thüringen attraktiver ausgestalten, damit mit bestens ausgebildeten, hoch motivierten Beschäftigten die vielfältigen Aufgaben gut erledigt werden können.

Mit dem Gesetzentwurf wird auch deutlich, dass der tbb mit seinen wiederholten Warnungen vor einem Kaputtsparen des öffentlichen Dienstes Recht hatte und hat. Die Kürzungsmaßnahmen, Unterlassungen von gebotenen Anpassungen und Verweigerungen von Verbesserungen der letzten Jahre haben zu einer tiefgreifenden und deutlichen Attraktivitätsverschlechterung geführt. Faktisch steht der Freistaat Thüringen im personellen Bereich „mit dem Rücken zur Wand“, wenn er um bestens ausgebildeten Nachwuchs nicht nur im Bildungsbereich konkurriert.

Beim vorhandenen Personal besteht heute bei den sog. MINT-Berufen die Notwendigkeit, Personalbindungselemente zu schaffen, um eine Abwanderung zu verhindern. Dies ist auch vor dem Hintergrund, dass das Besoldungsniveau des Freistaates Thüringen im Vergleich der 17 Besoldungsrechtskreise in der Bundesrepublik Deutschland durchweg nur als „durchschnittlich“ bezeichnet werden kann. Dies kritisiert der tbb ausdrücklich und fordert hier schnelle Verbesserungen.

Die politisch Verantwortlichen reagieren spät auf die sich seit Jahrzehnten abzeichnenden Umstände und Veränderungen. Umso wichtiger ist es, dass Verbesserungen bewirkt und langjährige Anliegen des tbb aufgegriffen werden. Dies betrifft das Grundanliegen des Gesetzentwurfes, unnötigen administrativen Aufwand zu vermeiden und einfache, nachvollziehbare und praktikable Regelungen zu schaffen.

Auch weitere wichtige, vom tbb bereits benannte und attraktivitätssteigernde Elemente werden vermisst. Dies betrifft zentrale Fragen, wie die Ruhegehaltfähigkeit von berufsprägenden Zulagen nach einer gewissen Dauer der Wahrnehmung oder die Frage der Dynamisierung von Zulagen. Wenn als Ziel eine nachhaltige und dauerhafte Attraktivitätssteigerung erreicht werden soll, müssen zentrale Zulagen dynamisch ausgestaltet sein.

Neueinführung von Personalgewinnungszulagen

Der tbb betrachtet die Einführung bzw. Nutzung von Personalgewinnungszulagen als kritisch. Zulagen sind aus unserer Sicht wenig geeignet, die Motivation der Betroffenen dauerhaft zu steigern, sie sind nicht ruhegehaltstfähig, meist zeitlich befristet und jederzeit vom Dienstherrn entziehbar. Gegen eine Zuweisung einer Zulage an eine Beamtin oder einen Beamten können sich die benachteiligten Beamtinnen und Beamten nicht wehren. Zudem muss sich Dienstherr in seiner Entscheidung der Vergabe von Zulagen nicht an den Leistungsgrundsatz (wie bei einer Beförderung) halten. Er darf bei der Zuweisung von Zulagen nur nicht willkürlich vorgehen. Zudem wirken sich Personalgewinnungszulagen meist negativ auf das Betriebsklima aus.

Der tbb empfiehlt hier ein Blick auf die Amtsärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst. Hier gibt es eine solche Zulage bereits seit einigen Jahren. Trotzdem führte die Verwendung nicht dazu, mehr Personal für den öffentlichen Gesundheitsdienst zu gewinnen. Im Gegenzug fühlten sich „Bestandskräfte“ in der Besoldung benachteiligt. In einigen dem tbb bekannten Fällen führte die dauerhaft empfundene Benachteiligung sogar zum Wechsel des Bundeslandes. Solche Beispiele zeigen, wie vom Grundsatz her „gut gemeinte Änderungen“ in ein innerbehördliche „Missgunstdebatte“ umschlagen können, zumal objektive Vergabekriterien nicht bestehen. Der Vergleich zum Tarifbereich sei hier gestattet: Die anfänglich hoch gelobte und als notwendig betrachtete Einführung von leistungsorientierten Lohnbestandteilen musste, weil für den öffentlichen Dienst nicht vollumfänglich praktikabel wieder abgeschafft werden. Solche Experimente sollten im Beamtenbereich nicht wiederholt werden.

Sollte an dem Gedanken der Personalgewinnungszuschläge trotzdem festgehalten werden, dann stellen wir alternativ die Idee einer Personalgewinnungsprämie an. Diese stellt nach unserer Auffassung für potentiell zu gewinnende Beamtinnen und Beamte einen wesentlich höheren Anreiz in Form einer Einmalzahlung dar, als ein monatlich zu gewährender Personalgewinnungszuschlag. Eine Einmalzahlung, die maximal in halbjährlichen Teilbeträgen ausbezahlt wird und für höchstens 48 Monate gewährt werden kann, stellt ein klares Signal an die Bewerberinnen und Bewerber dar, dass das Land Thüringen ein besonderes Interesse daran hat, sie für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Aus bereits ausgeführten Gründen sollte diese „Prämie“ auch für Bestandskräfte möglich gemacht werden.

Für effektiver halten wir jedoch die Schaffung von Funktionsämtern und Beförderungsstellen, dort wo zusätzliche oder andere Aufgaben wahrgenommen werden sollen. Für die so geschaffenen Ämter sollte es ein klares verbindliches Beförderungssystem geben. . Dazu gehört ebenfalls die schnelle Beförderung in das entsprechende Amt des Dienstpostens. Dies ist zwingend auch für die Bereitschaft ungeliebte Führungspositionen zu besetzen erforderlich.

Anwärtersonderzuschläge

Der tbb fordert generell die Überarbeitung der Anwärterbezüge, um dem Personal-(gewinnungs)mangel entgegentreten zu können. Gerade im mittleren Dienst entsprechen diese nicht mehr den Lebensverhältnissen. Im gehobenen und höheren Dienst sind die Anwärter oftmals bereits in einer Situation, von ihren Bezügen eine Familie unterhalten zu müssen.

Aus oben genannten Gründen sehen wir Zuschläge kritisch. Ihre Ausgestaltung und Vergabe sollte daher gründlich nach oben genannten Aspekten im Vorfeld untersucht sein, um den „Betriebsfrieden“ zu wahren.

TV-L § 16 Abs. 5 /Abweichungen vom Tarifvertrag

Die Möglichkeit der Gewährung einer Personalgewinnungszulage nach § 15 Abs. 5 TV-L bestand bereits bislang und ist kein Novum zur bisherigen Rechtslage. Wenn diese bislang nicht zum gewünschten Erfolg geführt hat, sollte man sich lieber für eine generelle Anhebung der tariflichen Eingruppierung oder der Höhe einsetzen. Der tbb setzt sich über den dbb seit Jahren dafür ein, dass aufgrund veränderter Situationen und auch Ausbildungen, eine generelle Anpassung der Eingruppierungen vorgenommen werden sollte. So existieren anders als im Thüringer Besoldungsrecht im Tarifbereich noch die Eingruppierungen im sog. „einfachen Dienst“ nach E2-E5, in denen auch in Thüringen noch eingestellt wird. Bislang scheiterten diese Vorhaben immer an den monetären Interessen der Arbeitgeberseite.

Der tbb/ dbb als Tarifpartner für die Tarifverträge im Öffentlichen Dienst TV-L/ TVöD betrachtet Abweichungen vom Tarifvertrag durch einzelne Arbeitgeber sehr kritisch.

Die Regelungen im Tarifvertrag stellen als Kompromiss eine ausgewogene und von den sachkundigen Tarifvertragsparteien vereinbarte angemessene Ausgestaltung der Beschäftigungsbedingungen dar. Sollten diese Rahmenbedingungen aus Sicht der Arbeitgeber nicht genügend Anreize bieten, um neues Personal zu gewinnen bzw. vorhandenes Personal zu halten, besteht jederzeit die Möglichkeit, mit den Gewerkschaften bessere tarifvertragliche Regelungen, insbesondere auch bei der Bezahlung, zu vereinbaren. Einseitige Abweichungen tragen demgegenüber immer die Gefahr in sich, das ausgehandelte Gleichgewicht zu verschieben und insbesondere einseitig bestimmte Beschäftigtengruppen zu begünstigen, während andere, die aus Sicht der Arbeitgeber gerade nicht so im Fokus stehen, vernachlässigt werden.

Im Übrigen bietet der TV-L bereits jetzt die Möglichkeit, zur Deckung von Personalbedarfs bei Bewerbungen die außerhalb erworbene Berufserfahrung bei der Stufenzuordnung in einer Entgeltgruppe besonders zu berücksichtigen. Zudem kann zur Deckung des Personalbedarfs höheres Entgelt aus einer nach den allgemeinen Regelungen der Tarifsystematik noch nicht erreichten Erfahrungsstufe vorweg gewährt werden.

Insoweit gilt es, zunächst die von den Tarifvertragsparteien zur Verfügung gestellten Instrumente zu nutzen, bevor Abweichungen vom Tarifvertrag angestrebt werden.



II. Fragen der Fraktionen

Fraktionen Die Linke/ SPD und Bündnis 90/ Die Grünen

Zu Frage 3.

Der tbb hat bereits in zahlreichen Gesprächen die Idee eingebracht, ein Landesvollstipendium auszurufen, um die Entscheidung für einen Mangelberuf bzw. eine bestimmte (Mangel)Fächerkombination zu unterstützen. Mit der Stipendienvergabe müsste eine Kopplung an Bestleistungen (Leistungsprinzip) sowie der mindestens 5jährigen Beschäftigung im Landesdienst gekoppelt sein.

Zu Frage 10.

Grundlage und gleichzeitig Grenze aller Besoldungsgesetze ist Artikel 33 GG. Unter den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums im Sinne des Artikel 33 Absatz 5 GG zu denen auch der Alimentationsgrundsatz zählt wird *"der Kernbestand von Strukturprinzipien erfasst, der allgemein oder doch ganz überwiegend während eines längeren, traditionsbildenden Zeitraums, mindestens unter der Reichsverfassung von Weimar, als verbindlich anerkannt und bewahrt worden ist"* (BVerfGE 8, 332, 343; 70, 69, 79; 83, 89, 98).

Von dem Alimentationsgrundsatz umfasst, ist der Grundsatz der amtsangemessenen Besoldung und Versorgung für den Beamten und seine Familie auf Lebenszeit. Er wird üblicher Weise dahingehend umschrieben, dass *"der Dienstherr verpflichtet ist, den Beamten und seine Familie lebenslang amtsangemessen zu alimentieren und ihm einen nach seinem Dienst, nach der mit seinem Amt verbundenen Verantwortung und nach Maßgabe der Bedeutung des Berufsbeamtentums für die Allgemeinheit entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards, einen angemessenen Lebensunterhalt zu gewähren"* (BVerfGE 8, 1, 16 f.; 16, 94, 51; 55, 372, 292; 70, 251, 267; 99, 300, 317 ff.).

Das Grundgehalt ist der Teil der Besoldung, der die Leistung, Bedeutung und Verantwortung des Amtes, den Dienstrang und die erforderliche Vor- und Ausbildung berücksichtigt. Es ist daher unterschiedlich hoch, gestaffelt nach der Besoldungsgruppe, in der das Amt eingestuft ist, das dem Beamten verliehen wurde. Anknüpfungspunkte sind daher die Ausbildung, der beruflichen Werdegang sowie die Verantwortung, die mit dem Amt verknüpft ist.

Der Besoldungsgesetzgeber hat mit der ursprünglichen Zuordnung von Amt und Besoldung eine Systementscheidung getroffen. Diese kann nach unserer Auffassung nur durch eine erneute das Gesamtgebilde im Auge behaltende Systementscheidung getroffen werden. Diese könnte auch beinhalten, die erforderlichen Studien/ Ausbildungen oder auch Aufgaben und Verantwortung inhaltlich so aufzuwerten, dass eine Neubewertung der Zuordnung möglich ist.

Wie bereits oben erwähnt, können Zulagen in welcher Form auch immer zu „Missgunst“ in den jeweiligen Dienststellen führen. Wer nur durch den zufällig richtigen Zeitpunkt einer Einstellung ohne Leistungsunterschiede mehr Gehalt erhält, wird dies im täglichen Leben spüren.

Erfolgsversprechend sind nur strukturelle konkurrenzfähige Änderungen in der Besoldungshöhe an sich und im „Verhalten“ des Dienstherrn. Wenn bei ausreichend beurteilter Leistung eine schnellstmögliche Beförderung in das Amt des Dienstpostens erfolgt, ist das ein guter Anreiz.

Verharren auf Dienstposten mit einem höheren Amt, ohne das eine Beförderung stattfindet (weil ggf. der Haushaltgeber für die ausgewiesenen Dienstposten nicht ausreichend Mittel



bereitstellt), führt genau zu dem Effekt des Abwerbens durch andere Dienstherren, die genau das besser und schneller umsetzen.

Weitere Fragen

Zu den weiteren Fragen verweisen wir auf die Stellungnahmen unserer Fachgewerkschaften tlv thüringer Lehrerverband, TPhV Thüringer Philologenverband, BLV Berufsschullehrerverband und TVDL Thüringer Verband der Lehrer.

Fragen CDU und FDP

Zu ihren sehr spezifischen Fachfrage verweisen wir auf die Stellungnahmen unserer Fachgewerkschaften tlv thüringer Lehrerverband, TPhV Thüringer Philologenverband, BLV Berufsschullehrerverband und TVDL Thüringer Verband der Lehrer.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

Anlage: Datenerhebungsbogen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2037 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Landessprecherin bak Thüringen	Bundesarbeitskreis der Seminar- und Fachleiter/innen e.V. (Interessenvertretung und Fortbildungsorgan aller in der Zweiten Phase der Lehrerbildung Beschäftigten)
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Auf dem Scheitberg 45
	Postleitzahl, Ort	07589 Bocka
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Der bak Lehrerbildung versteht sich als Forum, Interessenvertretung und Fortbildungsorgan aller in der Zweiten Phase der Lehrerausbildung Beschäftigten (https://bak-lehrerbildung.de)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Die Attraktivität der Tätigkeit eines/r Fachleiters/in muss gestärkt werden, zum einen durch Wertschätzung, zum anderen durch die Schaffung eines Amtes, da hoheitliche Aufgaben wahrgenommen werden. - Damit LAA auch in Thüringer Randregionen ausgebildet werden, sollten Anreize geschaffen werden. - Die Besoldung von stellvertretenden Seminarleiter_innen in der Grundschule muss wegen identischer Aufgabenfelder an die der Stellevertretungen der anderen Lehrämter angeglichen werden. - Finanzielle Anreize für besondere Aufgaben für die an Schule an der Lehrerausbildung Beteiligten werden befürwortet. - Seiteneinsteiger_innen in den Lehrkräfteberuf müssen vor Eintritt in den Schuldienst grundqualifiziert werden. Dafür ausreichend Ressourcen an den Studienseminaren geschaffen werden. - Grundschullehrkräfte müssen bei Einstellung im Eingangsamt A 13 besoldet werden. Ihre Ausbildung muss denen der anderen Lehrämter gleichgestellt werden. - Bei Änderungen im Besoldungsgesetz muss mitgedacht werden, dass bei Veränderungen in bestimmten Besoldungsgruppen weitere Angleichungen notwendig werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bocka, den 1.12.2020	

THUR. LANDTAG POST
03.12.2020 09:06

29742/2020



Schriftliche Stellungnahme des BAK Thüringen zu den Drucksachen 7/2037 und 7/2038: Beteiligung am schriftlichen Anhörungsverfahren gemäß §79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Ihre Nachricht vom 18.11.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Landessprecherin des bak-Lehrerbildung möchte ich mich im Rahmen der angegebenen Drucksache vor allem zu den Themen äußern, die den Thüringer Vorbereitungsdienst betreffen.

Grundsätzlich stimme ich den genannten Problemen und dem sich daraus ergebenden Regelungsbedürfnis vollkommen zu. Aufgrund des derzeitigen Lehrkräftemangels, der sich in einigen Regionen oder Fächern mehr zeigt als in anderen, müssen Maßnahmen getroffen werden, die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen. Die Zahlung von Zulagen für ausgewählte Regionen und Fächer ist als Teil einer Lösung geeignet, wenn Entscheidungen transparent dargestellt werden.

Um Lehrkräfte grundständig auszubilden, bedarf es für den Thüringer Vorbereitungsdienst einer ausreichenden Anzahl von Fachleiter_innen, deren Tätigkeit attraktiv sein muss, damit ausreichend Bewerber_innen gewonnen werden können. Außerdem kann ein monetärer Anreiz für Lehramtsanwärter_innen eine Möglichkeit sein, sie für eine Ausbildung an Schulen in schwierigen Lagen zu interessieren. Daraus entsteht dann die Hoffnung, dass eine örtliche Bindung aufgebaut wird, so dass diese zukünftigen Lehrkräfte auch über den anvisierten Zeitraum hinaus ansässig werden.

Nachfolgend sollen Anmerkungen zum Gesetzentwurf erfolgen sowie Hinweise zu den Fragen in den einzelnen Anlagen aufgeführt werden.

1. Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

§ 46 a und § 52 a

Es bedarf der Benennung von konkreten Kriterien für welche Regionen und Fächer die Zahlung des Sonderzuschlags angewendet werden kann. (Wann zählen Fächer zu Bedarfsfächern? Wann ist eine Region eine Bedarfsregion? Können Bedarfsregionen wechseln? Können Bedarfsfächer wechseln? Sind die Regelungen zeitlich befristet?)

Zulagen für die Übernahme besonderer Aufgaben in der Schule

Grundsätzliche Zustimmung für Aufgaben von Lehrkräften, die der Unterstützung, Begleitung und Ausbildung von Lehramtsanwärter_innen, Seiteneinsteiger_innen und Lehrkräften in Anerkennungsverfahren an Schule dienen: Verantwortlicher für Ausbildung, fachbegleitende Lehrkräfte. Derzeit fehlt oft die Transparenz, wie Entlastungsstunden, die derzeit bereits lt. VVOrg möglich sind, vergeben werden:

Besoldung von Lehrkräften und Funktionsstellen

- ✓ Die Herabsetzung der Berufsausübung von Lehrkräften und Leitungsfunktionen im Grundschulbereich kann nicht länger toleriert werden.
- ✓ Die Besoldung für alle Lehrämter erfolgt mit dem Eingangsamt A 13 (auch die Grundschullehrkräfte).
- ✓ Die Besoldung von Funktionsstellen sollte sich an konkreten Aufgaben und Schülerzahlen o.a. Kriterien orientieren, jedoch nicht an der Schulart, wie dies derzeit bei den Grundschulschulleitungen der Fall ist.

Amt eines/einer Fachleiter_in

Es wird für eine begrenzte Anzahl von Fachleiterinnen und Fachleitern das Amt eines/einer Fachleiters/in geschaffen. Fachleiter_innen, unabhängig von der Schulart, üben vergleichbare Tätigkeiten aus. Sie führen Lehramtsanwärter_innen zum Abschluss der Zweiten Staatsprüfung, deren Anforderungen in allen Lehrämtern identisch sind.

Aus diesem Grund wird das Amt des/der Fachleiters/in für alle Lehrämter einheitlich mit A 14 besoldet.

Begründung:

Bereits am 16.1.2018 wurde von Frau Krause die Petition (1347) „Funktionsstelle des Fachleiters im Besoldungsgesetz (wieder) schaffen“ eingereicht, woraufhin die Zulage erhöht wurde, die jedoch weiterhin nicht ruhegehaltstfähig ist. (<https://petitionen.thueringer-landtag.de/petitions/1347>)

Nachfolgend werden die Aufgaben für Fachleiter_innen aus der Lehrerdienstordnung zitiert. Hier ist zu erkennen, dass diese Aufgaben nicht schulartbezogen formuliert sind. Neue Fachleiter_innen für alle Lehrämter durchlaufen verpflichtend eine Grundqualifizierung, bei der auch nicht nach Lehrämtern unterschieden wird. Es sind identische Aufgaben für diese Tätigkeit – unabhängig davon, für welche Schulart der/die Lehramtsanwärter/in ausgebildet wird. Aus diesem Grund ist eine identische Besoldung ausnahmslos gerechtfertigt.

Auszug aus der Lehrerdienstordnung (Stand: November 2011) § 24 Fachleiter und lehrbeauftragte Fachleiter

(1) Fachleiter und lehrbeauftragte Fachleiter erteilen als Lehrer an einer vom Kultusministerium als Ausbildungsschule für Lehramtsanwärter bestimmten Schule Unterricht und nehmen die ihnen obliegenden Aufgaben der Lehreraus-, Lehrerfort- und Lehrerweiterbildung im Rahmen der geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie der Anordnungen des Kultusministeriums und des zuständigen Staatlichen Studienseminars für Lehrerbildung in eigener pädagogischer Verantwortung wahr. Lehrbeauftragte Fachleiter nehmen diese Aufgaben zeitlich befristet für die Dauer ihrer Beauftragung wahr; die Beauftragung erfolgt durch das Kultusministerium oder eine von ihm bestimmte Dienststelle. Fachleiter nehmen diese Aufgaben zeitlich unbefristet wahr.

(2) Zum Aufgabenbereich der Fachleiter und lehrbeauftragten Fachleiter gehören insbesondere

1. die pädagogische, fachdidaktische und fachmethodische Ausbildung der Lehramtsanwärter in Theorie und Praxis,
2. die Mitwirkung bei der Durchführung der Zweiten Staatsprüfung,
3. die Erteilung von Unterricht an einer Ausbildungsschule als Grundlage einer praxisbezogenen Ausbildung,
4. im Falle der Prüferberufung die Mitwirkung bei der Durchführung der Ersten Staatsprüfung,

- den Erweiterungsprüfungen und Prüfungen in einem weiteren Fach,
 - 5. die Begleitung von Schulpraktika, die von Lehramtsstudenten im Rahmen ihres Lehramtsstudiums zu absolvieren sind,
 - 6. die Wahrnehmung von im Einzelfall durch das Kultusministerium festgelegten Aufgaben in der ersten Phase der Lehrerbildung im Bereich der Fachdidaktik und der Erziehungswissenschaften,
 - 7. Mitwirkung bei der Lehrerfort- und Lehrerweiterbildung sowie bei im Einzelfall festgelegten Aufgaben im Rahmen von Schulversuchen und Projekten der Schulentwicklung,
 - 8. Wahrnehmung von Aufgaben bei der Begleitung der Berufseingangsphase bei Lehrern.
- (3) Fachleiter und lehrbeauftragte Fachleiter leiten und gestalten die Fachseminare entsprechend den geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie den Anordnungen des Kultusministeriums und des Staatlichen Studienseminars für Lehrerbildung eigenverantwortlich. Sie besuchen regelmäßig Unterricht und Lehrproben der Lehramtsanwärter und führen die dazugehörigen Ausbildungsgespräche. Sie sind verpflichtet, sich den Lehramtsanwärtern ihres Fachseminars für Hospitationen im eigenen Unterricht sowie für Beratungen und Auskünfte zur Verfügung zu stellen. Die Fachleiter und lehrbeauftragten Fachleiter sollen im Rahmen von Besprechungen über Ausbildungsfragen untereinander und mit den Mentoren und Fachlehrern an den Ausbildungsschulen zusammenarbeiten.
- (4) Fachleiter unterrichten mindestens acht Wochenstunden an einer Ausbildungsschule. Unter Berücksichtigung des Umfangs der nach Absatz 1 bis 3 anfallenden Aufgaben kann das Kultusministerium bei entsprechendem Bedarf im Einzelfall eine höhere Unterrichtsverpflichtung festlegen. Für lehrbeauftragte Fachleiter gelten Satz 1 und 2 entsprechend.

Amt eines/einer stellvertretenden Seminarleiters/in Grundschule

Die Besoldung einer stellvertretenden Seminarleiterin / eines stellvertretenden Seminarleiters muss der Besoldung der vergleichbaren Funktion der stellvertretenden Seminarleitungen der anderen Lehrämter angepasst werden, da der Aufgabenbereich identisch ist. Darüber hinaus müssen die Seminarleitungen der Seminarschulverbünde, die es derzeit in Thüringen gibt, ebenfalls in diese Regelungen einbezogen werden. Letztere werden wie Fachleiter_innen besoldet, obwohl sie Leitungsaufgaben übernehmen.

Der Thüringer Rat für Lehrerbildung plädiert darüber hinaus für die Abschaffung der Seminarschulen bzw. Seminarschulverbünde. Diese Strukturen sollten in den Regionen in Staatliche Studienseminare überführt werden. Damit würden die Regelungen im Besoldungsgesetz auch für diese Personengruppe gelten.

2. Anlage 4

Zu 2) Finanzielle Anreize, wie oben in den Anmerkungen zum Gesetzentwurf dargelegt, stellen eine wichtige Säule in den Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung und -förderung dar. Sie müssen jedoch mit weiteren Maßnahmen gekoppelt werden. Dazu zählen bspw.

- die Verbesserung der Rahmenbedingungen (Gebäude, technische Ausstattung, Arbeitszeit, Entlastung in den bürokratischen Herausforderungen, Einsatz von multiprofessionellen Teams usw.)
- Veränderungen im Lehramtsstudium in der ersten Phase (Entkoppelung der Ausbildung von Magister und Lehramt, um mehr Nachwuchs für MINT-Fächer gewinnen zu können)
- Veränderungen im Lehrplan, so dass mehr Schüler_innen Interesse am naturwissenschaftlichen Unterricht haben, gezielte Werbung zukünftiger Lehrkräfte durch konkrete Informationen zum späteren Einsatz, ...)
- Anhebung des Ansehens des Lehrerberufes u.ä. durch Wertschätzung.

- Möglichkeit, die Qualifizierung für ein Bedarfsfach bereits im Vorbereitungsdienst beginnen zu können.

Zu 3) Fachlich fundierte, vorauslaufende Qualifizierung von Seiteneinsteigern in den Lehrberuf, damit diese gut vorbereitet in ihre neue Tätigkeit starten können.

Geeignete Qualifizierungsangebote (ggf. auch monetäre Anreize) für grundständig ausgebildete Lehrkräfte in Überangebotsfächern, die bereit wären, sich für ein Bedarfsfach (ein weiteres Fach) zu qualifizieren.

Zu 4) Zulagenzahlung für besondere Aufgaben wird grundsätzliche befürwortet.

Zu 5) Die im Jahr 2011 getroffene Fehlentscheidung muss rückgängig gemacht werden. Das Amt eines/einer Fachleiters/in stellt neben der Tätigkeit eines/einer Schulleiters/in eine weitere Karrierechance im Lehrerberuf dar. Zum einen müssen die vielfältigen und hoheitlichen Aufgaben eines Fachleiters zukünftig amtsangemessen besoldet werden. Zum anderen dient dieses Beförderungsamts auch dazu, die Attraktivität der Tätigkeit der Fachleiter_innen zu erhöhen und ermöglicht eine Gleichstellung mit der Besoldungspraxis in anderen Bundesländern.

Zu 6) Einige Fachleiter*innen nehmen ihr Amt über eine längere Zeit wahr, einige nur zeitweise. Aus diesem Grund könnte ein gestaffeltes System entwickelt werden. In einem solchen gestaffelten System gibt es Fachleiter_innen, die Aufgaben über eine lange Zeit wahrnehmen und voll mit Ausbildungs- und anderen Aufgaben ausgelastet sind. Dieser Gruppe wird die Ausübung eines Amtes zuerkannt. Des Weiteren gibt es Fachleiter_innen, die ihre Ausbildungsaufgabe zeitlich befristet wahrnehmen, nur wenige Lehramtsanwärter_innen betreuen oder die Fachleiter_innentätigkeit als Sprungbrett für eine Karriere als Schulleiter_in nutzen wollen. Diese Personengruppe sollte weiterhin die bisherige Zulage erhalten. Grundsätzlich müssen genaue Kriterien/Tätigkeitsbeschreibungen festgelegt werden, wann ein Amt verliehen wird und wann nur eine Abordnung an das Studienseminar erfolgen und in diesem Fall eine Zulage gezahlt werden soll.

Zu 8) Alle Grundschullehrkräfte in Thüringen müssen mit dem Eingangsamt A 13 besoldet werden. Sie durchlaufen eine mit allen anderen Lehrämtern vergleichbare Ausbildung.

Zu 9) Hier könnte die Regelung zur Anwendung kommen, wie sie bei der Anhebung der Regelschullehrkräfte angewendet wurde.

Zu 10) Sollte das Eingangsamt A 13 für alle Lehrkräfte in Thüringen festgelegt sein, müssen alle weiteren Ämter (Schulleitung, Schulamts, Thillm, Staatliche Studienseminare, ...) in der Besoldung angepasst werden, damit eine Stufung sichtbar wird.

Anlage 5

Zu 1) ja, unbedingt, s.o. Jedoch sollten monetäre Maßnahmen mit weiteren Maßnahmen flankiert werden (s.o.).

Zu 2) Zur Attraktivität des Lehrerberufes gehört es, dass Karrierechancen ermöglicht werden, die sich auch in einer funktionsbezogenen Beförderung zeigen und einen Anreiz schaffen, sich über das normale Maß hinaus zu engagieren. Die Schaffung einer Möglichkeit, Zulagen für besondere Aufgaben an Schule zu zahlen werden ausdrücklich begrüßt. So kann besonderes Engagement honoriert werden.

Zu 3) Unbedingt (s.o.) Die Aufgaben von Fachleiter_innen bestehen nicht nur in der Ausbildung von Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern. Fachleiter_innen an Studienseminaren und Seminarschulverbünden qualifizieren Seiteneinsteiger_innen, nehmen Lehrproben im Zusammenhang

mit dem Erwerb einer Unterrichtserlaubnis sowie im Zusammenhang mit der Anerkennung ausländischer Abschlüsse ab. Außerdem sieht ihr Tätigkeitsfeld Aufgaben in der Fortbildung sowie der ersten Phase der Lehrerausbildung vor.

Zu 4) Wenn Grundschullehrkräfte mit der A 13 besoldet werden, muss hier eine Anpassung vorgenommen werden. Grundsätzlich sollte ein/e Schulleiter/in eher Managementaufgaben übernehmen. Schulleitungen müssen für die Qualitätsentwicklung und -sicherung von Schule sorgen. Dazu braucht es zeitliche Ressourcen.

Bocka, den 01. Dezember 2020

Landessprecherin bak Thüringen
Auf dem Scheitberg 45
07589 Bocka

1042/2021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2037 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 11.1.2027	

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)